

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. September 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnette oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

### Majestätsbeleidigungs-Mazzia.

Die kurz hinter einander folgenden Verhaftungen unseres Redakteurs Reid und der drei Leipziger Kollegen wegen Majestätsbeleidigung legte sofort die Vermutung nahe, daß das Symptom der gleichen Erkrankung seien. Alle diese Verhaftungen waren gänzlich unbegründet. Weder lag Fluchtverdacht noch das behauptete Delikt vor. Im Fall Reid hat das Kammergericht nun allerdings das Verfahren mit beneidenswerter Deutlichkeit korrigiert. Es hat die Haftentlassung, nicht nur den Fluchtverdacht verneint, sondern es hat auch ausdrücklich betont, daß die konfiszirten Kaiserinselfotografien nicht derart gehalten seien, daß dringender Verdacht der Majestätsbeleidigung behauptet werden könne.

Die drei sächsischen Genossen dagegen sind immer noch inhaftiert. Als vierter wurde sogar der Redakteur, also ein technischer Arbeiter, der „Muldenthaler Volks-Zeitung“ eingesperrt. Und alles das wegen einer ganz gleichgültigen Notiz von ein paar Zeilen, die — wie unser Leipziger Partei-Organ jetzt feststellt — aus der offiziösen Wiener Polizeikorrespondenz stammt; also selbst dürre Polizeiberichte enthalten jetzt schon die Vacillen der Majestätsbeleidigung.

Alles das war höchst auffällig; dahinter mußte irgend etwas stecken. Nun erfährt die Frankfurter „Vollstimme“ die Lösung des Rätsels. Vom Justizminister sei an sämtliche Staatsanwälte eine Verfügung ergangen, in der dazu aufgefordert wird, die socialdemokratische Parteipresse genauer als bisher der Fall war, zu studieren und mit rücksichtsloser Schärfe jeden Fall zu verfolgen, der nur einigermaßen Aussicht bietet, gegen das betreffende Blatt einen Majestätsbeleidigungs-Prozess anzuführen.

Alle in den socialdemokratischen Tageszeitungen und Zeitschriften enthaltenen Artikel, welche sich mit der Person des Kaisers oder den einzelnen Landesherren befassen, sollen einer eingehenden Prüfung nach der Richtung hin unterzogen werden, ob aus denselben eine Beleidigung hinsichtlich der Form, dem Inhalte oder den begleitenden Umständen nach zu erkennen ist. Weiblichen Falles soll dann, selbst wenn es sich nur um verfehlte Angriffe gegen die Person des Monarchen handelt, die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben, insbesondere auch, ohne auf eine Prüfung von Fall zu Fall einzugehen, ob Fluchtverdacht begründet ist, die Untersuchungshaft gegen den Beschuldigten bei dem zuständigen Richter beantragt werden.

Nach diesem Rezept ist allerdings in den letzten Fällen gehandelt worden. Man hat Majestätsbeleidigungen entdeckt, wo keine Spur davon zu finden war. Man hat die Freiberger dann sofort — ohne jede Begründung — principiell in Untersuchungshaft genommen. Da es sich um einen preussischen und einen sächsischen Fall handelt, muß die Verfügung von einer Reichsstelle ausgegangen sein.

Mit jener Verordnung, sofern sie wirklich ergangen ist, werden die Staatsanwälte angewiesen, Majestätsbeleidigungen zu entdecken. Man müßte ihnen zu, zwischen den Zeilen, hinter jedem Wort den Dolus, den dolus eventualis, den dolus eventualissimus des Majestätsverbrechens zu wittern. Wie gewisse Leute überall sexuelle Zweideutigkeit erschnüffeln, so werden die ersten Hüter des Gesetzes dazu veranlaßt, selbst im Unmöglichen noch die Handhabe für einen kleinen Majestätsfrevel zu finden. Allerdings sollen sie nur die socialdemokratische Presse abgrasen, die doch wahrscheinlich gerade wegen ihrer republikanischen Gesinnung in weit geringerem Maße sich mit der Majestät beschäftigt als die bürgerliche.

Majestätsbeleidigungs-Prozesse sind seit jeder der Gradmesser politischen und moralischen Verfalls. Man sollte denken, daß da die Verteidiger der herrschenden Zustände allen Anlaß hätten, die Zahl der Majestätsbeleidigungs-Prozesse auf eine möglichst geringe Zahl zu beschränken. Es ist eine krankhafte Verzerrung der monarchischen Gesinnung, daß sie alles daran setzt, um eine möglichst große Zahl von Verletzungen der Majestät konstatieren zu können. Jeder derartige Prozeß wird zu einer Anklage gegen die Monarchie, und jede Verurteilung macht ein paar Tausend neue Republikaner.

So wird der Monarchismus von zwei Seiten moralisch zerrüttet, einmal durch den Byzantinismus, der die schwerste Form der Majestätsbeleidigung darstellt, weil man nur dem Schein nach, was man im Grunde betrachtet, und zweitens durch die Justiz, welche die Aufgabe übernommen hat, zu zeigen, daß in Deutschland eigentlich jedes Wort, das gedacht, gesprochen oder gedruckt wird, eine Majestätsbeleidigung enthalten könne. Der Erlaß an die Staatsanwälte verrät unbewußt: daß die ganze öffentliche Meinung im Grunde eine große Majestätsbeleidigung sei. Und als Mittel gegen diese Stimmung wird das Gefängnis angewandt. So nur irgend eine Aussicht ist, jemand einzusperrten, der wird beim Kraken genommen, und ob er fluchtverdächtig ist oder nicht, einzuweisen in Haft genommen. Das bedeutet die Einführung des administrativen Verfahrens auf einem Umweg. Jeder, der etwas schreibt, was irgendwo unangenehm auffällt, wird erst einmal auf ein paar Wochen hinter Gitter und Regel gesetzt. Hernach ist's gleichgültig, ob sich die Anklage aufrecht erhalten läßt oder nicht; die Strafe hat er weg. Die Untersuchungshaft und die Behauptung der Majestätsbeleidigung wird zum Mittel, ohne Urteil zu verurteilen; das ist im Grunde Kabinettsjustiz, das ist Strafabsolutismus.

Wer aber glaubt wirklich, daß man das Ansehen des Monarchismus durch das Massenangebot der Staatsanwälte erhöhen könne? In Wirklichkeit verrät das Verfahren nur blinde Furcht vor der Kritik und damit das bange Eingeständnis, daß die Institution, die man schützen will, innerlich so morisch sei, daß man selbst gegen Worte und Gedanken Kanonen aufahren lassen müsse.

Die Staatsanwaltsstreifen nach Majestätsbeleidigungen sind in Wahrheit Agitationstouren für die Republik, in der das Menschenrecht des freien Denkens und Urteilens vor keiner mythischen Zwangsgewalt verstummen muß.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September.

#### Das militärische Zwangsverfahren

Gegen unseren Mitarbeiter Rehbein wird fast von der ganzen Presse verurteilt. Nicht aus Abneigung gegen das militärische System, sondern weil selbst der verbohresten Reaktionen einsehen muß, eine wie schändliche Waffe wider sich selbst und diesmal die Militärbehörde in die Hand gedrückt hat.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt:

„Man kann sich des bedauerlichen Eindrucks nicht erwehren, daß gerade in letzter Zeit trotz des Anwachsens der Socialdemokratie von behördlicher Seite Maßnahmen getroffen werden, die zum mindesten als nicht geschickt zu bezeichnen sind und lediglich der socialdemokratischen Agitation freies neues Agitationsmaterial zuführen. Ein solcher Mißgriff liegt, wenn sich die Darstellung des „Vorwärts“ bestätigen sollte, zweifellos in der Verhaftung des socialdemokratischen Berichterstatters Rehbein vor. Dieser Fall von „Reigniszwang“ erscheint ganz unglücklich! Die Redaktion des „Vorwärts“ hatte, wie man ihr wohl allgemein zugesehen wird, ausnahmsweise ganz korrekt gehandelt, indem sie sich zuerst an die kompetente militärische Stelle wandte; ein solches Verfahren ist den Socialdemokraten von der Reichstagstribüne herab sogar empfohlen worden! Der Einwand des Obersten — immer unter der Voraussetzung, die Darstellung des „Vorwärts“ deckt sich mit den Thatsachen — er könne die Untersuchung nicht führen, weil er den Namen des beschuldigten Soldaten nicht kenne, erscheint doch recht hinsichtlich. Gänzlich verfehlt ist aber das Reigniszwangsverfahren gegen den pp. Rehbein. Wir hoffen, daß die Mitglieder unserer Reichstags-Fraktion diesem Reigniszwang energisch zu Leibe gehen!“

Die „National-Zeitung“ meint:

„Mit dieser Reigniszwangshaft wird in etner einzigen Handlung eine kaum glaubliche Summe von Ungeschicklichkeiten und Unbegreiflichkeiten verbunden. Wird schon das Reigniszwangsverfahren gegen die Presse an sich allgemein mit Recht entschieden gemißbilligt, so stellt der vorliegende Einzelfall einen klaffenden Höhepunkt in der Geschichte dieser Verfahren dar, der kaum noch zu überbieten sein wird. Der „Vorwärts“ als Märtyrer seiner Loyalität — es ist nicht zu glauben, daß diese Aburteilung zur Wirklichkeit gemacht sein soll! Wie weit der „Vorwärts“ wirklich einmal loyal verfahren wollte, wie weit es sich etwa nur um einen wohl weit über sein eignes Erwarthen gestiegenen Versuch handelte, die Militärbehörde und den Staatsanwalt aus Glatteis zu lösen, läßt sich nicht beurteilen. Für die Zukunft aber bietet dieser Fall ihm eine Waffe, die um so gefährlicher ist, als ohnehin in der letzten Zeit die Klagen über Soldatenmishandlungen wieder außerordentlich zugenommen haben und der öffentlichen Erörterung nur zu viel unersquidliches Material bieten.“

Die „Kölnische Zeitung“ urteilt:

Nach Schema B rechtfertigt sich allerdings formell die Erziehung des Reigniszwangs. Die öffentliche Meinung wird es aber nicht für angemessen halten können, daß man es gegen einen Mann anwendet, der sich allem Anschein nach in gutem Glauben mit einer Mitteilung an die Behörde gewandt und dabei das zu verschiedenen Malen vom Kriegsministerium dringend empfohlene Verfahren befolgt hat. Wenn die Kennung des Namens im allgemeinen schon aus Gründen der Discretion verweigert werden mußte, so trifft das besonders in diesem Falle ein, da es dem Soldaten sicherlich nicht zum Vortheil gereicht hätte, wenn es bekannt geworden wäre, daß er sich mit seiner Beschwerde an ein socialdemokratisches Blatt gewandt hat. Nachdem wir erst vor wenigen Tagen aus energielosem gegen das moralisch vertretliche einer Zwangshaft gegen Redakteure unsere Stimme erhoben haben, hoffen wir, daß durch diesen kraßen Fall die Angelegenheit zur Krise und zu einer endgültigen Entscheidung im Sinne des moralischen Rechtes geführt werden wird.“

Inzwischen befindet sich Genosse Rehbein immer noch in der „Tortur“.

### Deutsches Reich.

#### Bekämpfung des Alkohols durch Polizeimaßregeln.

Gemäß den Beschlüssen des preussischen Landtags vom Juni 1902 zu den auf die Bekämpfung des Alkoholismus gerichteten Anträgen des Abg. v. Douglas wurde zwischen der Kommission und den preussischen Ministern sowie Vertretern des Reichs-Justizamtes und des Reichsamtes des Innern Vorschläge auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung vereinbart, die namentlich seitens der preussischen Regierung in Form einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung der Reichsverwaltung vorgelegt wurden. Die in Mainz erscheinende „Deutsche Weinzeitung“ ist in der Lage, den seither von der Regierung noch nicht veröffentlichten Entwurf der Bestimmungen mit Begründung zu publizieren, der eine Reihe wichtiger und interessanter Bestimmungen, z. B. die obligatorische Bedürfnisfrage für Wirtschaften, fakultative Vorschriften zur Förderung alkoholfreier Getränke, Ausschluß weiblicher Bedienung, Verbot des Vorrats, härtere Strafbestimmungen, eventuell Verlust der Konzession, enthält. Im einzelnen wird unter anderem bestimmt: Die Landesregierungen sind befugt, zu bestimmen, daß den Schankwirten durch die Konzessionsbehörden auferlegt werden kann, bestimmte kalte Speisen und bestimmte nichtgeistige Getränke zur Verabfolgung an die Gäste bereit zu halten. Ferner sind die Landesregierungen befugt, zu bestimmen, daß die Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft unter Bedingungen erteilt werden kann, welche die Annahme weiblichen Arbeits- und Hülfspersonals beschränkt oder aufhebt. Die Schankwirte dürfen den Gästen Getränke, von Köstlingen abgesehen, zum Genuß auf der Stelle auf Vorrat nicht verabreichen. Die Forderungen für Getränke, welche den vorstehenden Vorschriften zuwider

verabfolgt worden sind, können weder eingeklagt, noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden. Wer vorsätzlich ohne die vorgeschriebene Genehmigung zum Betriebe der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spirituosen diese unternommen oder fortgesetzt hat, wird mit Strafen von 50 bis 1000 M. oder mit Haft oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Der Verlust der Konzession zum Betriebe der Gastwirtschaft usw. kann auch eintreten, wenn der Vertreter ohne Vorwissen von der Uebertretung des Stellvertreters bei der unter den Umständen möglichen Beaufsichtigung des Betriebes oder bei Auswahl oder der Beaufsichtigung der Vertretung es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

#### Das Centrum und die politische Lage in Bayern.

Die große Luitenhäuser Herbstparade des bayerischen Centrums, die am Montag abgehalten wurde, brachte diesmal als Hauptredner den Kammerpräsidenten Dr. v. Orterer. Ueber die Vorgänge, die sich im letzten Jahre in den Gefilden der bayerischen Politik ereigneten, führte Herr v. Orterer aus: Die vom Centrum seit einigen Monaten angeschlagene schärfere Tonart werde bei seinen Wählern all-gemein gebilligt. Die Entlassung des Grafen Crailsheim habe in diesen Kreisen freudige Ueberraschung verursacht; sie sei aber nicht etwa allein auf den im Januar d. J. abgehaltenen bayerischen Centrumskongress zurückzuführen. Ueber die Ursachen des Sturzes des Premierministers habe er folgendes geäußert: 1. Der Rat, das Dantelegramm unmittelbar vor dem Delegiertentag (des bayerischen Centrums) zu veröffentlichen, war doch eine zu starke Kraftprobe eines einzelnen Staatsmannes gegen die Mehrheit der Volksvertretung. 2. Das Verlangen, daß nur auf diesem Wege und durch diese Quelle Informationen über die Stimmung des Volkes an die höchste Stelle gelangen dürfen, war nicht im Sinne der andern Ministerkollegen. 3. Der offiziöse Presselauf, daß die bayerische Regierung mobil gemacht wurde gegen die Heyer der Partei, war doch ein zu lässiges Wagnis, weil nicht gedeckt durch die Autorität der andern Minister.

Ueber die Stellung des Centrums zur Regierung sagte Orterer, es sei bisher manches geschehen, was nicht ideal gefallen habe, und man hoffe, daß noch mehr geschehe, was noch besser gefallen werde. Man wolle sich abwartend verhalten. Die Probe auf die ganze Situation werde die Vorlage für die Veränderung des Wahlgesetzes sein. Dabei werde sich gleich zeigen, wie die Dinge stehen und danach werde sich dann das ganze weitere Vorgehen des Centrums zu richten haben. Der Redner erinnerte daran, daß im liberalen Lager, wo man von dem neuen Wahlgesetz eine Schädigung fürchtete, das Bestreben sich zeigt, den Entwurf zu Fall zu bringen. Er machte ferner Andeutungen, daß die Regierung heimlich diese Bestrebungen unterstütze, und erklärte dann, wenn das Gesetz infolge dessen zu Fall kommen sollte, so werde das Centrum mindestens verlangen, daß „gewisse Fäden“, die das jetzige Wahlgesetz enthält, auf anderem Wege beseitigt werden. Damit ist offenbar eine Neueinteilung der Wahlkreise auf administrativem Wege gemeint, wozu das Centrum die Regierung zwingen will. Eine solche Veränderung ist ihm viel wichtiger als die Einführung des direkten Wahlrechtes, denn seit Jahren wird von den Ultramontanen lebhaft darüber geklagt, daß die jetzige Wahlkreis-Geometrie in ganz raffiniert geschickter Weise den Liberalen ungehörige Vorteile zuschreibe. Abg. Steinger, der nach Orterer noch sprach, versicherte denn auch, er werde einem neuen Wahlgesetz nur zustimmen, wenn dabei das flache Land nicht benachteiligt werde.

Vom Reich verlangte Herr Steinger größere Vorsicht bei der Fortführung der socialpolitischen Gesetzgebung sowie die Ausdehnung der Invaliden- und Altersversicherung auf den Bauern- und Mittelstand.

Ueber die Gehaltsaufbesserung der Beamten und Bediensteten, eine Frage, die im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, sprachen sich die beiden Redner sehr vorsichtig aus. Sie versicherten, man sei sich darin einig, daß hier etwas geschehen müsse, sobald es die Finanzen erlauben. Nun ist es aber öffentliches Geheimnis, daß in dem neuen Etat, der dem Landtag demnächst vorgelegt wird, nur mit Mühe und Not ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen war, so daß die Bediensteten voraussichtlich wieder mit Vertröstungen für die Zukunft abgespeist werden.

Alles in allem haben die auf dem diesjährigen Luitenhäuser Tag gehaltenen Reden gezeigt, daß das Centrum sich sehr als die herrschende, ausschlaggebende Partei fühlte, die gewillt ist, der Regierung die Bedingungen zu diktiert. Ob das Centrum aber auch die Macht hat, seine Bedingungen wirklich durchzusetzen, wird sich ja sehr bald zeigen.

Der Zusammenschluß der Nationalpolen war bekanntlich schon während der Reichstagswahl geplant worden unter dem Namen „Centralwahlkomitee“. In einem Entwurf zu den Statuten, den ein polnisches Blatt veröffentlicht, wird bestimmt:

Das „Polnische Wahlkomitee für das Deutsche Reich“ ist die höchste Wahlbehörde für alle Polen, welche die einzelnen im Bereich des Deutschen Reiches bestehenden polnischen Wahlbehörden anerkennen. Der Sitz des Komitees ist Posen. Die Mitglieder desselben werden gewählt seitens 1. des Wahlkomitees für das Großherzogtum Posen, 2. des Wahlkomitees für Westpreußen und Ermland, 3. des Vorstandes des polnischen Vereins in Schlesien, 4. des Wahlkomitees für Berlin und Umgebung, 5. des Wahlkomitees für Westfalen und Rheinland. Zur Tätigkeit des Centralkomitees gehört 1. die Bestimmung der Wahlkreise, in denen Polen als Kandidaten aufgestellt werden sollen, vor jeder Reichs- und Landtagswahl; 2. das Schließen von Kompromissen mit andern Parteien.

#### Die Wurmkrankheit in Sachsen.

Was die sächsischen Bergarbeiter schon vor einiger Zeit bekränkt haben, ist nun tatsächlich festgestellt: in den westsächsischen Kohlengruben sind Wurmkrankte. Auf dem Joidauer Tiefbauschacht ist folgende Bekämpfung angeklagt:

Der vom 22. Juli bis 14. August 1902 auf dem Vertrauensschacht beschäftigt gewesene Lehrling Franz Emil Dietel aus Stenn, welcher vorher vom 1. Juni 1900 bis 30. April 1902 auf den rheinisch-westfälischen Gruben gearbeitet hatte, ist jetzt ärztlich für wurmkrank befunden worden.



Aus diesem Grunde wird die Mannschaft nochmals zur gewissenhaftesten Befolgung der aushängenden Regeln zur Verhütung einer Ansteckung mit dem Bedeuten aufgefordert, daß Zuwiderhandlungen nach Punkt 2 der aushängenden Regeln mit sofortiger Entlassung bestraft werden.

Nach den „Zwidauer Neuesten Nachrichten“ sollen in der letzten Zeit 12 Mann aus dem Lugau-Deleschen und Zwidauer Revier als wurmkrank im Kreis-Krankenstift zu Zwidau behandelt, die meisten aber bereits wieder entlassen worden sein. Es soll sich im ganzen um etwa 76 wurmranke Arbeiter handeln, die sämtlich zuvor in Bessfalten beschäftigt waren. Wie das Blatt weiter meldet, erhalten die Erkrankten während der Dauer ihrer Krankheit den vollen Schichtlohn ausgezahlt.

Die Manöver-Unfälle, die vor und während der Kaiserparade bei Erfurt vorgekommen sind, werden wohl kaum sämtlich der Öffentlichkeit bekannt werden. Soweit bisher in die Öffentlichkeit gedrungen, wurden bei Mönchholzaufen vom Artillerie-Regiment Nr. 55 zwei Artilleristen durch ein umfallendes Geschütz verletzt, wovon einer gestorben ist. Vom Artillerie-Regiment Nr. 3 wurden einem Kanonier die Beine von einem Geschütz abgefahren. Am Tage vor der Parade wurde beim Uebersteigen des Parademarsches auf dem Exerzierplatz in Erfurt ein Infanterist vom Hitzschlag getroffen und starb auf der Stelle. Am Tage der Parade wurden infolge der großen Hitze mehrere Soldaten und auch Zuschauer ohnmächtig, welchen sofort ärztliche Hilfe zu teil wurde und dadurch wurden wohl schwerere Folgen vermieden. — In Gispersleben bei Erfurt beging ein Soldat an einem fünfjährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen. Von seinen eignen Kameraden wurde dem Verbrecher eine gehörige Tracht Prügel zu teil und dann erfolgte seine Verhaftung.

Zur Aufnahme einer strafbaren Verächtigung ist der frühere verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg, Genosse Westmeyer, vom dortigen Schöffengericht verurteilt worden.

In einem Artikel der „Tagespost“ war berichtet worden, daß der Magistrat der Stadt Scheinfeld auf Verreiben eines Geistlichen einer Frau in deren Abwesenheit vom Hause ihre drei Kinder habe wegnehmen und in eine Zwangs-erziehungs-Anstalt schaffen lassen. Der Pfarrer und der Bürgermeister sandten hierauf eine Verächtigung, deren Aufnahme verweigert wurde, weil sie sich nicht auf tatsächliche Angaben beschränkte und schwere Beleidigungen gegen die betreffende Frau enthielt, indem behauptet wurde, daß sie einen scham- und sittenlosen Lebenswandel führe, Ehebruch verübt habe und der Gewerbsunzucht ergeben sei, auch solle sie gedroht haben, daß sie die Kinder eher vergiften werde, als daß sie dieselben in die Anstalt schaffen lasse. Um seine strafbare Handlung zu begehren, wurde die Aufnahme dieser Verächtigung abgelehnt. Das Gericht stellte sich jedoch auf einen andern Standpunkt und kam zu einer Verurteilung, indem es aus sprach, daß wenn auch die erwähnten Vorwürfe beleidigender Natur seien, die Entfender doch zweifellos gedeckt seien durch den § 103 des Straf-Gesetzbuchs. Die nachträgliche Aufnahme der Verächtigung wurde angeordnet und der Redakteur zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Urteil ist ganz unverständlich, weil der Redakteur durch das Verbot nur zur Aufnahme solcher Verächtigungen gehalten ist, die keinen strafbaren Inhalt haben. Die Berufungsinstanz muß das Urteil aufheben.

### Ausland. Norwegen.

Der Wahlausfall. Kristiania, 6. September. (Fig. Ver.) Der diesjährige Wahlschlupf findet morgen seinen Abschluß mit der Wahl in der Stadt Larvik. Von dieser Stadt wird es abhängen, ob die Linke die absolute Majorität im kommenden Storting erhält. Die Situation ist kritisch. Nach dem Resultat der gewählten Wahlmänner zu urteilen, wird das Endergebnis der Parteien sich so gestalten, daß die Konserwativen und Moderaten 58 Plätze erhalten, die Liberalen 53 (wovon 2 Sozialradikale) und 5 Socialdemokraten. Die morgen stattfindende Wahl wird also den Ausschlag geben; da unsere Partei eine stramme Organisation in Larvik hat, sind die Aussichten die besten. Die liberale Regierungspartei hat 22 Plätze an die Konserwativen und Moderaten verloren, an die Socialdemokraten 5; gewonnen hat sie von den Konserwativen 3.

Die Socialdemokraten haben in Kristiania eine Stimmenzunahme von 66 Proz., Konserwativen + 10 Proz., Liberale — 37. Auf dem Lande ist die Zunahme für unsere Partei eine noch viel bedeutendere, 100 Proz. und mehr. Gerabazu gewaltig ist der socialistische Wahlerfolg im Nordland; Trömsö Amt entsendet drei Socialdemokraten.

Die Wahlen, die unter dem Geschrei der Reaktion: „Auf zur Sammlung gegen die Socialdemokraten!“ stattfanden, bedeuten eine schmachvolle Niederlage der regierenden Parteien, dagegen einen glänzenden Sieg unserer Partei. Die Liberalen eilen ihrem Ende entgegen und können unmöglich in ihren Tobekämpfen die neue Regierungsperiode überleben. Die konserwative Partei ist aber kaum im Stande, die Regierung zu übernehmen. Unsere Parteigenossen fällt eine bedeutende Rolle zu, da sie bei Abstimmungen den Ausschlag geben. Aber wie verläutet, soll bereits ein Abhandeln zwischen Liberalen und Konserwativen abgeschlossen sein zur Bildung eines Koalitionsministeriums!

Nicht ohne Bedeutung ist es für den Ausfall der Wahl gewesen, daß an der Spitze der Sammelpartei kein anderer als der große V. V. (Hörnsterne Hörnson) marschierte. Thalaufwärts und abwärts reiste er und stellte sich selbst mitten in den Wahlschlupf zu Gunsten der Reaktion.

Kristiania, 7. September. Bei den heutigen letzten Wahlmännerwahlen eroberte die Partei der Rechten die Stadt Larvik. Die regierungsfreundliche Linke verlor dadurch die Mehrheit des neuen Störtings, welches nach dem Ergebnisse sämtlicher Wahlmännerwahlen 59 Rechte und gemäßigte Linke gegen 58 regierungsfreundliche Linke und Socialdemokraten zählen wird. Zweifelhaft ist noch der Wahlausgang in den Kreisen Nedre und Öndre Trondhjem.

### Italien.

Der Zarenbesuch und die italienischen Socialisten. Die italienischen Socialdemokraten beabsichtigen, wie schon früher mitgeteilt, bei der Anwesenheit des Zaren gegen diesen, als den Vertreter des autokratischen Regiments, zu demonstrieren. Die „Socialistische Union“ von Rom hat in ihrer letzten Sitzung Beschlüsse darüber gefaßt, wie dieser Protest in Scene gesetzt werden soll, und erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen des Landes, sich diesem anzuschließen. Danach werden alle Klassenbewußten Arbeiter, Bauern usw., überhaupt das ganze Volk aufgefordert, am Tage der Ankunft des Zaren die Arbeit ruhen zu lassen; sodann sich an einer bestimmten Stunde zu versammeln und der Gemeindeverwaltung einen Protest zu unterbreiten, der an die Regierung weiter zu befördern ist und in welchem der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß sie mit der Einladung und den offiziellen Empfang des absolutistischen Herrschers sich gegen die Traditionen des italienischen Volkes, gegen dessen Streben nach Freiheit und Fortschritt verbehe. Ferner wird das Volk aufgefordert, überall, wo der Zar vorüberkommt, demonstrativ zu pfeifen.

Die Gedenkfeier für den Deputierten und Philosophen Bobio, die am Sonntag auf dem Capitol stattfinden sollte, hat die Behörde verboten. Die Regierung beschließt, daß gelegentlich der Demonstration, die von seiten der radikalen Parteien geplant war, auch Kundgebungen gegen den Zarenbesuch erfolgen könnten. Das Militär, welches bei Livoli manövrierte, ist zurückberufen worden.

Der Prozeß gegen den „Avanti“. Die Sonnabend-Ausgabe des „Avanti“ wurde wegen eines Artikels, der die bekannte Marine-Angelegenheit behandelt, konfisziert. — Als eine Folge des Prozeßes gegen den „Avanti“ ist die Demission des Unterstaatssekretärs der Marine di Renaudi zu betrachten, der, wie es heißt, mit dem Marineminister Morin in der Behandlung der Marine-Angelegenheit nicht übereinstimmt.

### Serbien.

Die Verhaftung von Offizieren, welche die Proklamation gegen die Verächter unterzeichnet oder sich der Feindschaft der Königs-mörder zugezogen haben, wird trotz der offiziellen Beruhigungsversicherungen der Regierung eifrig fortgesetzt. So wurden vorgestern abend der Mittelmehr Lontkewitsch und der Hauptmann Luboschitsch verhaftet und ferner erfolgte gestern auf Grund der Aussagen des verhafteten Hauptmanns Lazarewitsch, wonach der pensionierte General Magdalenitsch zur Durchführung der letzten Offiziersverächterung Geld hergegeben hätte, die Verhaftung des letzteren.

### Türkei.

Die Wirren in Macehonien. Der Sofiaer Korrespondent des „Daily Telegraph“, der, wie er sagt, in engen Beziehungen zu den macedonischen Aufständischen steht, erklärt, falls die Mächte nicht eingreifen oder innerhalb zwei bis drei Wochen annehmbare Vorschläge gemacht werden, würde in Bulgarien ein Bürgerkrieg ausbrechen, wie ihn die Geschichte bisher noch nicht verzeichnet hat. Europa würde dann durch Thaten aufgeschreckt werden, wie sie selbst in der blutigen Geschichte des Ostens nicht ihresgleichen hätten. Wie er weiter mitteilt, wird in Sofia zuverlässig erwartet, daß Rußland und Oestreich nach der bevorstehenden Zusammenkunft des Zaren mit dem Kaiser Franz Joseph Vorschläge zur Wiederherstellung geordneter Zustände machen werden.

Konstantinopel, 8. September. Am 6. d. M. haben in Beirut Mohamedaner in großer Zahl ohne bisher bekannten Anlaß Angriffe auf das Christenviertel Mesraa gemacht, zehn Christen, darunter ein Amerikaner, getödtet und zehn schwer verwundet. In der Stadt herrscht Panik.

### Asien.

Rußland in der Mandchurei. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking von gestern hat der russische Gesandte an das chinesische Auswärtige Amt eine Mitteilung gerichtet, in welcher er erklärt, daß Kutischwang und die Provinz Mukden am 8. Oktober geräumt werden sollen, und die Zustimmung dazu ausspricht, daß Mukden und Latunglau für den Handel mit dem Auslande geöffnet werden.

Russisch-japanische Eifersüchtigkeiten in Korea. Aus Tokio erfahren die „Times“, daß die koreanische Regierung bemerkt sei, die Schließung von Pheunggang für den auswärtigen Handel zur Bedingung für die Öffnung von Biju zu machen. Japan sei aber dagegen, da 200 Japaner in Pheunggang ansässig seien. Man schreibe dieses Verhalten Koreas russischen Rathschlägen zu; das sei aber nicht zutreffend, denn Korea habe schon lange den Wunsch an den Tag gelegt, alle Fremden aus Pheunggang zu entfernen, damit dort ein kaiserlicher Palast gebaut werden könne.

### Afrika.

Der Kampf bei El-Mungar. Neuere Nachrichten aus Kin-Sestra bestätigen, daß der gestern gemeldete Kampf überaus heftig gewesen ist; er fand am 2. d. Mts. statt und dauerte von 8 1/2 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Die Eskorte, welche den Zug begleitete, bestand aus einer Abteilung der Fremdenlegion und aus einer kleinen Abteilung Spahis, wurde befehligt von dem Hauptmann Bauché und den Lieutenants Danois und Selchauen und wurde durch eine starke Abteilung Eingeborener heftig angegriffen. Die Offiziere und Unteroffiziere wurden der Reihe nach lamphenfähig gemacht. Ein further leistete in dessen Widerstand bis aufs äußerste, ohne sich zurückzuziehen, bis man ihm zu Hilfe kam. Es steht fest, daß von 120 Franzosen 37 getödtet und 47 verwundet wurden. Die Toten wurden auf dem Schlachtfelde begraben. Hauptmann Bauché erlag seinen Verletzungen am nächsten Tage. Zu den Schwerverwundeten gehören Lieutenant Selchauen und ein Kavallerie-Unteroffizier. General D'Comor ist von Oran aus nach dem äußersten Süden aufgedrochen.

### Amerika.

Streik-Epistel. New-York, 29. August. (Fig. Ver.) Die schon bei früheren Gelegenheiten aufgestellte Behauptung, daß die bei Minen- und Straßenbahnarbeiter-Streiks vorgekommenen verbrecherischen Handlungen nicht von den Streikenden verübt, sondern von den Unternehmern resp. deren Beamten angeleitet worden sind, hat wieder einmal eine Bestätigung erhalten. Vorige Woche fand nämlich in Richmond, Virginia, ein Prozeß gegen vier der am dortigen Straßenbahnarbeiter-Streik beteiligt gewesen Arbeiter wegen Zerstörung von Straßenbahnwaggons statt, und dabei stellte sich heraus, daß nicht diese, sondern zwei von der Straßenbahngesellschaft engagierte Detektives die That verübt hatten, so daß die Geschworenen, ohne sich von ihren Sitten zu erheben, auf nichtschuldig erklärten. Die beiden Kerle haben sich, als sie merkten, wie die Sache verlaufen würde, aus dem Staube gemacht. Der Streik, welcher über zwei Monate gedauert und die Verderbung von zwei Militäregimenten veranlaßt hat, bei deren Attaden ein Arbeiter erschossen wurde, ist dieser Tage aufgegeben worden. 400 Streikende müssen sich anderwärts nach Beschäftigung umsehen, da ihre Plätze mittlerweile durch von auswärts bezogene Leute besetzt wurden. Das ist zugleich ein Beleg für die angeblich noch immer hier herrschende „Prosperität“.

Der große Theddy (Präsident Theodore Roosevelt), der im Reden geradezu monarchisches Talent entwickelt, hat wieder mal einen Speech vom Stapel gelassen. In einer Ansprache, die er, wie der Telegraph berichtet, in der Ausstellung zu Syracuse hielt, wandte sich Präsident Roosevelt insbesondere an die arbeitenden Klassen und erinnerte sie daran, daß wenn die Geschäfte stoden und das Kapital keinen Gewinn aus seinen Anlagen zieht, das Volk am schwersten leide. Der Lohn der Arbeiter sei nur reichlich, wenn die übrigen Teile der Gesamtheit reichliches Einkommen haben. Die Arbeiter könnten am besten zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen, wenn sie gesunden Verstand und die Bereitwilligkeit zeigten, andern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Weiterhin kam Roosevelt auf die Währungs-Gesetzgebung zu sprechen und bemerkte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen seien keine radikalen Schritte zu empfehlen. Was aber auch geschehe, so dürfe man keinesfalls daran zweifeln, daß jedes umlaufende Papiergeld in vollgültiger Münze eingelöst werde.

Syracuse (New York), 7. September. (Meldung des „New-Yorker Bureau“.) Die Polizei verhaftete am Nachmittag in seiner Wohnung einen vor 12 Jahren aus Deutschland eingewanderten Mann Namens John Miller, welcher von einer Frau beschuldigt wurde, die Drohung ausgestoßen zu haben, daß er den Präsidenten Roosevelt bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Umzuge der Arbeiter erschließen wolle. Miller wurde eine Stunde, bevor der Präsident auf dem Platz ankam, von wo er die Parade der Streikträger abnehmen wollte, verhaftet. Bei dieser Parade sollte angeblich der Schuß fallen.

### Landtagswahl.

#### Der Wahltermin.

Ein Erlass des Ministers des Innern vom 5. d. Mts. ordnet an, daß die Vorbereitungen zu den Neuwahlen des Hauses der Abgeordneten unverzüglich einzuleiten sind. Die Abgrenzung der Wahlbezirke wie die Aufstellung und Anlegung der Urwähler- und Abteilungslisten soll überall so frühzeitig vorgenommen werden, daß die Wahl der Wahlmänner in der zweiten Woche des Monats November stattfinden kann.

#### Die Wahlfunde.

Die „Freisinnige Zeitung“ besteht jetzt nicht mehr darauf, daß ein gesetzliches Hindernis zur Ausdehnung der Wahlhandlung über Mitternacht bestehe. Sie drückt eine Kritik der „Korrespondenz für Centrumsblätter“ ab, worin darauf verwiesen wird, daß nach dem bürgerlichen Recht Rechtsgeschäfte die zum gesetzlichen Termin begommen wurden, bis zur Erledigung fortgesetzt werden dürfen. Dagegen nimmt sie auch erfreut davon Notiz, daß gegen eine solche „politische Kathischwärmerei“

allerlei sonstige Bedenken geltend gemacht werden. Demgegenüber möchten wir doch die „Freisinnigen“ samt der Centrums-Korrespondenz darauf aufmerksam machen, daß bei den Abgeordnetenwahlen ganz dieselbe Bestimmung existiert, daß aber ohne Widerspruch der Parteien der Regierungskommissar diese Wahlhandlung oft bis Mitternacht fortsetzen ließ. Sollte es ihnen nicht einmütlich sein, so können sie bei R. Siegfried, „Ein Mahnwort zur Statistik der preussischen Landtagswahlen von 1898“ (Berlin, Brede 1899) nachlesen: „Infolge dieses äußerst schleppenden Verfahrens hat die Wahl der Abgeordneten ohne jede Unterbrechung in Breslau am 6. November 1888 sogar von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts gedauert. . . In Bromberg-Stadt und Land, Birjitz ist sehr häufig bis nach Mitternacht gewählt worden. . .“ Au beiden Orten waren freisinnige Wahlmänner mit Erfolg thätig!

Auch mit dem Gerede von politischer Kathischwärmerie kann Herr Richter nicht die reaktionäre Wahregel beschönigen, gegen den Wunsch der breiten Masse die Wahlfunde auf den Vormittag festzusetzen, eine Wahregel, die in Berlin um so reaktionärer ist, als 1898 die Wahlfunde für Berlin verständigerweise auf 5 Uhr nachmittags angesetzt war.

Eine „vereinigte nationale Partei“, bestehend aus den Konserwativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, hat sich in Lingen (Hannover) gebildet. Sie will als gemeinsamen Kandidaten den Amtsrichter Tholen in Lingen aufstellen.

Ebenso haben sich die Nationalliberalen, Freisinnigen rechter und Freisinniger linker Hand in Mühlhausen Langensalza unter dem Namen „Reinigte liberale Parteien“ zu einer dauernden Vereinigung zusammengeschlossen. Dieses Kartell bestand schon für die letzte Reichstagswahl.

Die Freisinnige Vereinigung beruft nach Berlin für den 10. und 11. Oktober eine Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen, um, wie wir in der „Vollstz.“ lesen, die organisatorischen Konsequenzen, die sich aus dem Anschluß der Nationalisocialen an die Freisinnige Vereinigung ergeben, zu ziehen. Außerdem wird auf diesem Parteitage zur Erörterung kommen, welche grundsätzliche Haltung zu der Frage der Zusammenwirkung mit der Socialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen eingenommen werden soll.

Der Provinzial-Parteitag für Schleswig-Holstein beschloß einstimmig:

Für die bevorstehende Landtagswahl spricht der Parteitag zunächst die Erwartung aus: daß jeder, auch der schwächste Wahlkreis der Provinz das Neueste thun wird, um eine möglichst große Zahl von Wahlmännern zu erzielen. Bei Stichwahlen in der Urwahl sind im Sinne der Berliner Resolution da, wo der Socialdemokrat ausscheidet, die Urwählerstimmen auf die in der Stichwahl stehenden bürgerlichen oder freisinnigen Wahlmannskandidaten zu lenken. Die Wahlkreise haben jedoch das Recht, in einzelnen Fällen Ausnahmen in dieser Haltung der socialdemokratischen Urwähler vorzuschreiben.

Der Parteitag beschloß, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteivorstandes in Berlin, bei den Abgeordnetenwahlen im Sinne der Berliner Resolution den Freisinnigen gegenüber eine einseitige Taktik für die ganze Provinz. Ihr Hauptpunkt ist die Forderung der Wahlunterstützung eines socialdemokratischen Abgeordneten-kandidaten in dem Landtags-Wahlkreis, in dem die Socialdemokratie nach gechehener Urwahl am günstigsten steht, und als Gegenleistung dafür die Unterstützung der freisinnigen Abgeordneten-kandidaten der Wahlhilfe gewährenden freisinnigen Gruppe auf der ganzen Linie. Vorbehalten bleibt jedoch bei einem etwaigen Vorbruch noch für die letzte Minute ein Ungültigmachen der socialdemokratischen Wahlmannsstimmen und damit die Veseitigung des Freisinn.

Der Dänenpartei gegenüber ist der Parteitag für eine Unterstützung der dänischen Abgeordneten-kandidaten. Ferner wird ein etwaiges gemeinsames Vorgehen von Dänen und Socialdemokraten auf Grund von gegenseitig garantierten Mindestforderungen jeder der beiden Parteien den andern Parteien gegenüber in einer bestimmten Gruppe von Wahlkreisen für zulässig erklärt.

Eine Abmachung der Socialdemokratie eines einzelnen Wahlkreises oder einer Gruppe von Wahlkreisen außerhalb des vorstehend Festgelegten ist unzulässig.

Der socialdemokratische Verein für den Kreis Effen beschloß in seiner am Sonntag abgehaltenen Versammlung bezüglich der Beteiligung an den Landtagswahlen die Einsetzung einer Kommission von acht Vereinsmitgliedern und vier Vorstandsmitgliedern, welche mit der Parteigenossen des Wahlkreises Duisburg-Mülheim, Oberhausen sofort in Beratung treten sollen über die Art der Beteiligung an den Landtagswahlen. Die Versammlung war sich darin einig, daß eine Beteiligung erfolgen müsse auf Grund des Rainzer Parteitagsbeschlusses, welcher für alle Parteigenossen die Beteiligung fordert.

Der socialdemokratische Wahlverein in Dunsau sollte nach Meldungen bürgerlicher Blätter Wahlenthaltung beschloßen haben. Wie nun der „Breslauer Volkswacht“ gemeldet wird, ist ein derartiger Beschluß noch nicht gefaßt worden. Man will vielmehr eine gemeinsame Konferenz der Parteigenossen der Kreise Dunsau und Löwenberg und gemeinsame Beschlußfassung herbeiführen.

Wahlbeteiligung beschloßen auch die Genossen des Wahlkreises Lauban-Görlitz. Es wurden die Genossen Antick, Berlin, Albert Schöbel-Görlitz und August Härtel-Langensalza als Kandidaten aufgestellt. — Eine Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Dortmund-Hörde beschloß gleichfalls energische Beteiligung an der Landtagswahl.

### Partei-Nachrichten.

#### Erklärung.

Auf der Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg richtete der Genosse Stadthagen leidenschaftliche Angriffe gegen die Redaktion des „Vorwärts“ und die Mehrheit der Delegierten unterzeichnet die Aeußerungen Stadthagens durch Annahme seiner Resolution.

Wäre der Redaktion Gelegenheit gegeben worden, an der Parteikonferenz teilzunehmen, so hätte sie den Versuch machen können, die Delegierten zu überzeugen, daß die Darstellung des Referenten in allen wesentlichen Punkten falsch war. Wäre es wahr, was Genosse Stadthagen behauptet hat, daß die Redaktion des „Vorwärts“ — gewissermaßen als reaktionistische Camorra — den Genossen Webel gewaltsam gehindert hätte, im „Vorwärts“ zu Worte zu kommen, so wäre in der That kein Wort der Entrüstung und der Brandmarlung zu stark gewesen.

In Wahrheit aber handelt es sich um einen ganz alltäglichen redaktionellen Vorgang. Die Redaktion war auf Grund ihrer Informationen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die beiden Erklärungen Webels zum Teil auf irrigen tatsächlichen Voraussetzungen beruhen. Sie handelte deshalb nur pflichtgemäß, wenn sie hinsichtlich der ersten Erklärung Webels um Aenderungen ersuchte, — eine Ablehnung ist also gar nicht in Frage gekommen — und hinsichtlich der zweiten ihn zum Verzicht auf die Aufnahme zu veranlassen bemüht war. Der in dieser Angelegenheit gepflogene rein private und vertrauliche Briefwechsel brachte allerdings auch die individuelle Meinung eines Redakteurs zum Ausdruck, daß dieses endlose Fortpflücken von persönlichen Erklärungen gerade keine erquickliche Duerläure zu dem Dresdener Parteitag sei, entscheidend aber war für das Verhalten der Redaktion lediglich einzelne irrtümliche Mitteilungen Webels, die zu weiteren Auseinandersetzungen hätten führen können.

Von einer Unterdrückung der Meinungsfreiheit kann natürlich keine Rede sein, sonst hätte der „Vorwärts“ schon tausendmal die Meinungsfreiheit so ziemlich aller schreibenden Parteigenossen unterdrückt, nämlich jedesmal dann, wenn er irgend eine Einwendung ab-



lebte. In der Vicepräsidenten-Frage war die Redaktion des "Vorwärts" von Anfang an der Meinung, daß es sich nicht lohnte, aus dieser Bagatelle eine Aktion zu machen. In diesem Sinne nahmen wir am 1. Juli kurz Stellung gegen die von Bernstein angeregte "Frage". Bernstein sandte eine Antwort auf unseren Angriff. Wir lehnten sie ab. Bernstein hat, was sein Recht war, er führte Beschwerde bei der Preßkommission. Und diese gab uns, wenn wir nicht irren einstimmig, recht. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß Bernstein aus diesem Grunde über Unterdrückung der Meinungsfreiheit gellagt hätte, obwohl es sich in seinem Fall um eine sachliche Diskussion und nicht um rein persönlichen Streit gehandelt hat. Mit jenem Beschluß der Preßkommission war von den in Betracht kommenden Instanzen die Meinung festgelegt, daß die Diskussion über die Vicepräsidenten-Frage nach Möglichkeit eingedämmt würde. Demgemäß ist die Redaktion verfahren.

Es ist der erste Grundsatz der Demokratie, nach sachlichen Erwägungen ohne Ansehen der Person Entscheidungen zu fällen. Ein Redakteur des "Vorwärts", der nicht nur ein sozialistisches, sondern auch ein demokratisches Blatt ist, konnte also in seinen nach bestem Wissen und Gewissen und nach den Grundsätzen, welche für die Redaktion stets gegenüber Zuschreibern gelten, gefassten Entschlüssen keinen Augenblick der Person des Einsenders einen entscheidenden Einfluß auf seinen Entschluß einräumen. Es ist zu hoffen, daß nicht auch dieses stolze und fruchtbarste demokratische Prinzip der Revision verfallen wird.

Von weiteren Meinungen über die Angelegenheit sehen wir vorläufig ab, da sie in nächster Zeit an anderem Ort zum Austrag kommen wird. Bis dahin mag wohl auch Genosse Stadthagen für seine Entdeckung Beweise sammeln, daß das Verhalten der Redaktion ein Ausfluß des — Revisionismus sei. Bis zu dem Sonntag, an dem er diese seine Entdeckung der Öffentlichkeit preisgab, hat er genau gewußt, daß die Redakteure, die in dieser Linie die Verantwortung für den Zwischenfall tragen, so oft sie Gelegenheit hatten, sich zu der von Bernstein und seinen Freunden aufgeworfenen Frage zu äußern, sie auf das entschiedenste bekämpft haben.

Kurt Eisner, Heinrich Wehler, Wilhelm Schröder.

Zur Informierung unserer Leser scheint es uns notwendig, die beiden Erklärungen Webels nunmehr abzuordnen:

Entgegnung.

Die Erklärung der Fürstentwader Genossen im "Vorwärts" vom 28. August über meine Entgegnung auf ihre Resolution und deren Motivierung im "Vorwärts" vom 23. August läßt mich trotz des gereizten Tones, in dem sie gehalten ist, sehr kalt.

Ich habe keinen Grund, von meinen Ausführungen auch nur ein Wort zurückzunehmen, und halte mich viel zu gut unterrichtet, um nicht zu wissen, wozu jene Resolution und ihre Begründung zielte und wie sie zu stande kam.

Ich habe auch nicht verlangt, daß die Fürstentwader Genossen sich jetzt schon auf Grund meiner Entgegnung zu einer anderen Ansicht bekennen sollten, sondern ich habe gebeten, meine Artikel in der "Neuen Zeit" sich anzusehen und zu studieren, vielleicht daß sie dann in sich zu meiner Ansicht bekehren.

Ob ich Massandrucke erhalten lasse oder nicht, ist Sache meiner eignen Entscheidung. Es ist allerdings gewissen Leuten sehr unangenehm, zu finden, daß sie mit der Haupt- und Staatsaktion, die sie aus der Wahl eines Vicepräsidenten aus der Mitte der Fraktion machen wollten, sich in die Redellen gefügt hätten, und so mühte alles wieder aufgehoben werden, um diese Frage nunmehr als möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen, sei es selbst unter Preisgabe desjenigen aus dem eignen Lager, der zuerst diese Frage angeregt hatte.

Es ist nur eine von den Finten, die angewandt werden, die Sache so darzustellen, als hätte ich die Frage der Vicepräsidentenwahl zur Haupt- und Staatsaktion machen wollen, während es gerade die andre Seite war, die sie auf die Tagesordnung brachte und zur Haupt- und Staatsaktion zu machen gedachte, bis sie entdeckte, daß sie sich in der Lage jener betrübten Lohgerber befand, denen die Helle fortgeschwommen sind. Diesen Vertuschungsversuchen trete ich entgegen und verlange, daß endlich Farbe bekannt wird.

Zum Ueberflus habe ich durch die Ueberschrift, die ich für meine Artikel in der "Neuen Zeit" anfügte: Ein Nachwort zur Vicepräsidentenwahl und Verwandtem, für jeden sichtbar angekündigt, daß ich die Vicepräsidentenfrage nur als Symptom einer Erscheinung auffasse, über die endlich auf dem Parteitag Klarheit geschaffen werden muß. Die beiden Artikel werden in einer Nummer der "Neuen Zeit" und zwar derjenigen, die am 7. September ausgegeben wird, erscheinen, auch wird den Delegierten zum Parteitag in Dresden ein Separatabzug zugestellt werden.

Auch ich bin der Meinung — und hier stimme ich wieder einmal mit den Fürstentwader Genossen überein —, daß die possibilistischen Wonne nicht in den Himmel wachsen, die Fürstentwader Genossen aber offenbar nicht, wenn sie mit dieser Verleumdung treffen. Diese Bemerkung zeigt mir aber, daß sie auch zu denen gehören, die glauben zu schweben, aber geschoben werden.

Ich schreibe, wie ich meine erste Entgegnung schloß: Das Weitere in Dresden!

A. Webel.

Die andre Erklärung lautet:

Auch eine Zuschrift!

Die Zuschrift des Genossen Heine im gestrigen "Vorwärts" über den letzten Parteiverfammlungsbericht im 3. Wahlkreis, wie Vorkommnisse in den Berliner Parteiverfammlungen am 26. d. M., nötigen mich ebenfalls zu einer Auslassung.

Genosse Heine sagt: Ich habe nicht die Vicepräsidentenfrage, sondern die Maßlosigkeit und Unrichtigkeit der Angriffe gegen den Genossen Bernstein betrogen das Wort zu ergreifen, und zwar im Interesse der durch solche Volkstimme trotz aller formellen Verwahrungen tatsächlich gefährdeten Freiheit der Uebersetzung und des Wortes. Er habe dabei weniger auf mich verwiesen, dessen falsche Auffassung er aus meiner Entfernung von Berlin und der Unmöglichkeit einer persönlichen Aussprache entschuldigt habe, als vielmehr das Treiben gewisser Parteiblätter dafür verantwortlich gemacht.

Der Genosse Heine irt sich gründlich in der Annahme, daß weil ich "fern von Madrid weile", ich falschen Auffassungen und ungenügenden Informationen über das, was in Madrid und Nebenorten geschieht, ausgesetzt sei.

Wenn er aber glaubt, aus einer Anzahl scharfer und mißbilligender Aeußerungen gegen Bernstein und die Revisionisten, Aeußerungen, deren auch ich mich bediente, abermals wieder schließen zu müssen, daß trotz aller formellen Verwahrungen tatsächlich die Freiheit der Uebersetzung und des Wortes gefährdet sei, so ist das nicht nur wieder eine ganz willkürliche Annahme, ich antworte ihm auch: Wer selbst im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Jedenfalls zeigt die hochfahrende Art, mit welcher der Genosse Heine in seiner Erklärung im "Vorwärts" vom 18. August die Marburger Genossen wegen ihres Verhaltens in der Wahlfrage in ihrem Wahlkreis abanzelte, wie er mit seinen Gegnern umspringen würde, wenn er die Macht dazu besäße; wobei noch hervorzuheben ist, daß die Marburger Genossen materiell und formell im Rechte waren, denn sie hielten sich strikte an die, irre ich nicht, auch vom Genossen Heine angenommene Wahlresolution des Münchener Parteitages. Wessen sich aber seitens des Genossen Heine seine Gegner auch sonst noch von ihm zu versehen haben könnten, dafür brauche ich nur an Lübeck zu erinnern!

Am übrigen hat es mich ungemein interessiert zu lesen, wie dieselben Parteigenossen, die jahrelang über die revisionistische Thätigkeit des Genossen Bernstein entzückt waren und sich sogar eine Zeit lang mit Stolz "Bernsteinianer" nennen ließen und selbst nun, jetzt plötzlich ihren Parteifreund Bernstein zum Sündenbock machen und ihn in einer Weise öffentlich mißhandeln,

wie noch kein Parteifreund vom andern öffentlich mißhandelt worden ist. Und doch hat Genosse Bernstein nichts gethan, als öffentlich in der Partei anzuregen, was die ihn jetzt scheltenden Revisionisten ohne jede Ausnahme in der Fraktion thun wollten und in der Hoffnung auf die Nichtöffentlichkeit der Fraktions-Verhandlungen durchzudrücken gedachten.

Bernstein war allerdings inforn ihr entant terribla, als er durch seine öffentliche Anregung der Vicepräsidenten-Frage seinen Genossengenossen wider seine Absicht den Plan durchstieß über die unglücklichen Kampfgenossen und darum auf einmal die einstimmige Versicherung im revisionistischen Lager von "der so herzlich unbedeutenden und nebenlächlichen Präsidentenfrage". Die Trauben sind eben sauer. Und vor Uische las man's anders.

Rühnacht-Zürich, den 20. August 1903.

A. Webel.

Nachschrift: Im Begriff, die vorstehende Zuschrift zur Post zu geben, wird mir aus Berlin mitgeteilt: Heine habe unter großer Entschuldung der Verammlung im dritten Wahlkreis geäußert: "Webel sitzt in Rühnacht und schläft und weiß von nichts, um dann plötzlich zu erwachen und loszuschlagen." Der Genosse, welcher mir diese Mitteilung macht, wohnt der Heine'schen Verammlung bei. Der Bericht des "Vorwärts" über die Heine'sche Verammlung enthält diese Aeußerung Heines nicht.

Hat Heine die ihm unterstellte Aeußerung gemacht, so erwidere ich ihm, daß, wenn er in den zwei Monaten, seitdem ich hier sitze, auch nur annähernd so gearbeitet hat, wie ich gearbeitet habe, er sich für einen sehr fleißigen Mann halten darf. Ich gehe nicht hierher, um auf der Bärenhaut zu liegen, sondern um neben der mir so notwendigen Erholung Arbeiten auszuführen, für die ich in Berlin nicht die nötige Ruhe finden würde.

Rühnacht, den 30. August 1903.

A. Webel.

Da in Dresden nun auch diese Angelegenheit zur Sprache kommen wird, vertagen wir bis dahin eine eingehende Motivierung unsrer Entscheidung. Nur um einer Legendenbildung vorzubeugen, geben wir kurz die ausschlaggebenden Gründe für unser Verhalten an.

Die erste Erklärung wird nur verständlich dadurch, daß Genosse Webel annahm, hinter der Fürstentwader Entgegnung stecke ein bestimmter Parteigenosse. Da uns nun in zwingender Form mitgeteilt war, daß die Voraussetzung Webels falsch sei, war es unsre einfache Pflicht, davon Webel in Kenntnis zu setzen und ihm eine Aenderung der Erklärung anheim zu stellen. Webel hat bisher diese Begründung vollständig ignoriert.

Die zweite Erklärung erschien uns bedenklich wegen der Nachschrift, vor allem aber wegen der Wendung über die Marburger Schwachwahl-Angelegenheit. Diese hätte die mitbetroffene Redaktion zu einer Entgegnung gezwungen, die wir vermeiden wollten. In Dresden wird auch darüber volle Klarheit geschaffen werden.

Der internationale sozialistische Kongress von 1904.

Das internationale sozialistische Bureau zu Brüssel veröffentlicht einen Aufruf, in welchem die Partei-Organisationen aller Länder zur Beteiligung an dem nächstjährigen internationalen Kongress, der vom 14.—20. August in Amsterdam stattfindet, aufgefordert werden. Die Landesparteien werden ersucht, auf ihren nächsten Kongressen und Parteitagen zu dem internationalen Kongress Stellung zu nehmen.

Das internationale Bureau — so heißt es weiter — habe in seiner letzten Sitzung vom 20. Juli den Wunsch geäußert, daß die Fragen, die schon durch vorhergehende Kongresse entschieden worden sind, und solche, die zu spezielle Gebiete behandeln, von den Verhandlungen ausgeschlossen werden.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt: 1. Bericht des Sekretariats. 2. Bericht der Nationalitäten. 3. Allgemeine Grundsätze der sozialistischen Politik. 4. Der Generalstreik. 5. Gewerkschaften und Politik. 6. Die Kräfte und die Arbeitslosigkeit. 7. Internationale Schiedsgerichte. 8. Einwanderung und Auswanderung.

Die Tagesordnung ist eine provisorische und die Parteigruppen haben das Recht, die Aufstellung weiterer Punkte zu beantragen. Diese Anträge sollen zusammen mit eingehenden Berichten über diese Frage und dem Entwurf einer Resolution bis zum 1. Dezember d. J. dem internationalen Sekretariat eingereicht werden. Ferner werden die sozialistischen Parteien und die Centralleitungen der Gewerkschaften ersucht, dem Sekretariat bis zum 31. Dezember d. J. einen Thätigkeitsbericht seit dem letzten Kongress von 1900 einzusenden. Die Adresse des Sekretariats ist: Rue de la Vierge 63 in Brüssel.

Schließlich erinnert der Aufruf an die Resolutionen von London (1896), ergänzt durch die der Konferenz von Brüssel (1899) und bestätigt durch den Pariser Kongress (1900), durch welche die Zulassungsbedingungen zu den internationalen Kongressen festgelegt sind.

In den ersten Tagen des kommenden Jahres sollen die weiteren, den Erfolg des Kongresses sichernden Beschlüsse des Sekretariats und der holländischen Genossen sowie die definitive Tagesordnung bekannt gegeben werden.

Ueber die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg wurde am Montag im sozialdemokratischen Wahlverein in Brandenburg a. N. Bericht erstattet. Bei dieser Gelegenheit erfuhr — wie die "Brandenburger Zeitung" berichtet — das Verhalten des Genossen Stadthagen eine herbe Kritik. Die Punkte 5 und 6 der Stadthagenschen Resolution durften, ganz besonders nach der vortrefflichen Rede des Genossen Gerich, von der Provinzialkonferenz nicht angenommen werden. Die Provinzialkonferenz habe damit inforn das demokratische Recht verwirrt, als sie Beschuldigte nicht gehört und außerdem durch ihre Verurteilung dieser Beschuldigten einer unter ihr stehenden Instanz, welche zunächst zum Sprechen berufen war, der Berliner Preßkommission vorgegriffen und dieser Urteil bereits eine Gebundenheit auferlegt hat. Dies war auch die ungeteilte Ansicht der Wahlvereins-Verammlung.

Zu derselben Angelegenheit schreibt die "Märkische Volksstimme": "Leider hat es Stadthagen gefallen, die Brandenburgerische Provinzialkonferenz in Berlin mit diesem Webel, 'Vorwärts'-Konflikt zu überumpeln; es ist uns unbegreiflich, wie der Vorsitzende dieses zulassen konnte. Vielleicht nicht einer der Delegierten hatte die 'Erklärungen' gelesen, sicher hatte keiner die ganze Sache gegenwärtig und klar vor Augen. Da überfällt Stadthagen die Unvorbereiteten und stift, selbst unvorbereitet, in ganz ungehöriger Weise die Streitfrage in sein Referat über die Reichstagswahlen in der Provinz Brandenburg hinein. Das sind üble Gepflogenheiten, unter denen die Parteiverhältnisse leiden müssen. Wir erwarten, daß wenn der Parteitag in Dresden schon mit diesem unerquidlichen Streit befaßt werden muß, er dann doch in entschiedener Weise gegen die durchaus ungehörige Form der Polemik sich wendet, die seit einiger Zeit in den Parteidiskussionen eingerissen ist und von der der Stadthagensche Ueberfall eine Probe giebt."

Landes-Parteitag für das Großherzogtum Hessen.

Vertreten waren auf der Landes-Konferenz, die am Sonntag in Steinbart im Taunus stattfand, 101 Orte durch 120 Delegierte. Das Landeskomitee war vollständig vertreten.

Genosse Ulrich erstattete den Geschäftsbericht, besprach die Reichstags- und Landtagswahlen in Hessen, erläuterte den Verlauf derselben und schilderte die Arbeiten, die das Landeskomitee zu leisten hatte. Gen. D. b. erstattete den Kassenericht. Die Landeseinnahmen belaufen sich im letzten Jahre auf 14 604,20 M., die Ausgaben auf 14 780,80 M., einschließlich eines Zuschusses von 8100.— M. für die Reichstagswahlen aus der Parteihauptkasse. An die Berichte knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, die schließlich mit der einstimmigen Annahme des Antrages auf

Entlastung des Landeskomitees endete. Angenommen wurde u. a. ein Antrag, von nun ab auf einen von Berlin aus geleiteten monatlichen Agitationskursus zu verzichten. Ueber die Reichstagswahlen und den Dresdener Parteitag referierte Genosse Cramer-Darmstadt. Er bekannte sich zu dem Standpunkte des Genossen Bernstein: "Wir müßten praktisch arbeiten". In der sehr lebhaften Diskussion sprachen fast alle Redner gegen Cramer, in sehr scharfer Weise Dr. Michels und Scheidemann. Die vom Referenten Cramer vorgeschlagene Resolution wurde abgelehnt, eine von Scheidemann eingebrachte, die die Hofgängererei ablehnt, gegen nur wenige Stimmen angenommen. Unter lebhaftem Beifall hatte Scheidemann die Wendung Cramers: "Wir müßten praktisch arbeiten" mit dem Einwurf abgethan: Wer hindert uns denn am praktischen Arbeiten? die Bernsteinererei, das unausgesetzte Aufwerfen neuer "Fragen", die die Masse der Genossen kalt lassen bis ans Herz hinan.

Ueber die heftige Presse referierte Genosse Scheidemann, der sich für den Ausbau der "Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung" zu einem Landesorgan ausdrückte. Nach eingehender Diskussion fand die nachfolgende Resolution mit großer Mehrheit Annahme:

Die Landeskonferenz macht es den Parteigenossen zur dringenden Pflicht, für die Verbreitung unsrer heftigen Parteipresse zu wirken. In der Erwägung, daß die Propagierung des Sozialismus besonders auf dem Lande intensiver betrieben werden muß als bisher, und im Hinblick auf die planmäßige Verbreitung der gegenwärtigen Presse hält die Landeskonferenz die Verbreitung eines wöchentlich erscheinenden Landesorgans für dringend geboten.

Die heftige Landeskonferenz beauftragt das Landeskomitee, sofort in Unterhandlungen mit den Gießener Genossen zu treten zwecks Umgestaltung der "Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung" zu einem Landesorgan mit dem Druckort Offenbach.

Die Landeskonferenz anerkennt die von dem Genossen Scheidemann in seinem Referat über die heftige Parteipresse angeführten Gründe für den Ausbau und die Druckverlegung der "Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung" als durchschlagend an und erwartet von den Genossen des Wahlkreises Gießen, daß sie die gemachten Vorschläge, deren Vertiefung im Interesse der gesamten Landespartei und besonders auch der oberheftigen Kreise liegen, acceptieren.

Von den weiterhin zur Annahme gelangten Anträgen, die sich zunächst auf die heftige Partei-Organisation beziehen, nennen wir den folgenden:

Die Landeskonferenz der Sozialdemokraten Hessens fordert anlässlich der unter so günstigen Umständen erfolgten Hinrichtung des Mörders Detrois in Mainz energisch die Abschaffung der Todesstrafe. Die Konferenz erwartet, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beim Zusammentritt des Reichstages als Initiativentwurf die "Abschaffung der Todesstrafe" einbringt.

Des weiteren protestierte die Landeskonferenz gegen die in Berlin und Leipzig erfolgte Verhaftung der Parteiredakteure wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Der Parteitag sandte den Inhaftierten Grüße brüderlicher Solidarität.

Aus Industrie und Handel.

Bergarbeiterlöhne. Nach der vom "Reichs-Anzeiger" veröffentlichten Lohnstatistik betragen die verdienten reinen Löhne (d. h. nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungs-Beiträge):

Table with 6 columns: Art und Bezirk des Bergbaues, Auf 1 Arbeiter und 1 Schicht im II. Vierteljahr 1903, Auf 1 Arbeiter und 1 Schicht im I. Vierteljahr 1903, Jahresmittel 1902, Auf 1 Arbeiter und 1 Schicht im II. Vierteljahr 1903, Auf 1 Arbeiter und 1 Schicht im I. Vierteljahr 1903. Rows include Steinlaßbergbau in Oberschlesien, Braunkohlenbergbau, Erzbergbau, etc.

Bei den Löhnen im Oberharz (Erzbergbau) kommt zu den Schichtlöhnen eine Brotformzulage hinzu, die für das erste Vierteljahr 1903 = 9 Pf., für das zweite Quartal 8 Pf. betrug.

Wie die obige Tabelle zeigt, sind die Schichtlöhne im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens seit dem vorigen Jahr noch weiter zurückgegangen, während sie sich im Oberbergamtsbezirk Dortmund im allgemeinen auf dem Stand des Vorjahres hielten. Am meisten sind vom Rückgang die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter betroffen, während die über Tage beschäftigten erwachsenen Arbeiter in Oberschlesien nach der Statistik eine ganz geringe Lohnaufbesserung (von 2,63 auf 2,64 M. pro Schicht) zu verzeichnen haben.

Prämienzucker-Verzollung. Nach einer an die Zoll- und Steuerbehörde ergangenen Mitteilung hat die durch Art. 7 des Brüsseler Vertrags über die Behandlung des Zuckers vom 6. März 1902 eingefügte Kommission die Fälle, die nach Art. 4 des Vertrags bei der Einfuhr von Zucker aus Prämien gewährenden Ländern seitens der Vertragsstaaten zu erheben sind, folgendermaßen festgesetzt: für je 100 Kilogramm Rohzucker bei der Einfuhr aus Dänemark 1,40 M., raffinierter Zucker 2,80 M., aus Rumänien je 100 Kilogramm Rohzucker 14,20 Mark, raffinierter Zucker 18 Mark, aus Spanien für 100 Kilogramm Zucker aller Art 21,60 M., aus Japan für 100 Kilogramm raffinierter Zucker, Kandis 2,00 Mark. Für prämierten Zucker aus Ländern, für die die Kommission den Betrag der Prämie bis zum 1. September 1903 noch nicht festgesetzt hat, sollen bis zur endgültigen Festsetzung die in den Vereinigten Staaten von Amerika bestehenden Ausgleichsölle Anwendung finden, nämlich bei der Einfuhr aus Argentinien für 1000 Kilogramm Zucker aller Art (mit Ausnahme des ohne Vergütung der Inlandssteuer ausgeführten Zuckers) 16,50 M., aus Argentinien für je 100 Kilogramm Zucker von wenigstens 99 Grad 6,51 M., von wenigstens 88 Grad 5,75 M. und von weniger als 88 Grad 4,05 M.

Einfluß des Baumwollcornes auf die amerikanische Textilindustrie. Infolge Preissteigerung der Baumwolle ist, wie uns aus New York geschrieben wird, im Centrum der amerikanischen Baumwoll-Industrie, den Neu-England-Staaten, eine bedeutende Stöckung eingetreten. Die Zahl der bisher durch die Schließung von Fabriken betroffenen Arbeiter wird auf rund 100 000 geschätzt, während die übrigen zum größten Teil beschränkte Arbeitszeit haben. Ueberaus bedauerlich ist aber auch die "American Woolen Co." eine große Anzahl ihrer 35 Fabriken geschlossen (wobon ca. 20 000 Arbeiter betroffen wurden), obwohl von einem "Corner" in Wolle nichts verlautet hat. Eingeweihte behaupten aber, daß der Corner in Baumwolle seine Rolle dabei spiele, denn es sei nicht alles Wolle, was in den angeblich reinen Wollstoffen enthalten ist.



Vor allem kommt in Betracht, daß die große Masse der Bevölkerung heute nur eine Bekleidung erschwingen kann, welche aus „Wolle“ besteht, die lediglich durch eine solide Unterlage von Baumwolle ersatzfähig gemacht ist: den „Shoddy“.

Der Ackerbau-Sekretär hat sich in sehr bitterer Weise über jene Baumwoll-Spekulationen ausgelassen, woraus diese aber geltend machen, daß sie ein ebenso „reelles Geschäft“ gemacht hätten, wie seiner Zeit die Spekulanten, welche die „Corner“ in Weizen und Mais inszenierten, gegen welche der Sekretär keinerlei abfällige Bemerkungen zu machen hatte. — Was übrigens wirklich „über-raschend“ bei der Sache ist, das ist der Umstand, daß die Baumwoll-Fabriken in den Südstaaten bisher durch die Preissteigerung nicht im geringsten beeinträchtigt wurden, denn dort ist noch keine einzige Fabrik geschlossen und ebenso wenig die Produktion ein-geengt worden. Es muß also da etwas Besonderes zu Grunde liegen, was erst später seine Aufklärung finden dürfte.

## Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Lohnbewegung der Metallbrüder.

Gestern teilten wir mit, daß die Metallbrüder ihre Forderungen einzureichen beschlossen haben. In der von 700—800 Personen be- suchten Versammlung, welche am Montagabend diesen Beschluß faßte, begründete Cohen die Forderungen. Er betonte die Notwendigkeit für die Brüder, nach siebenjähriger Pause wieder einmal an die Verbesserung ihrer Lage zu denken und teilte dann, indem er kritische Bemerkungen daran knüpfte, das Resultat der letzten unter den Metallbrüdern veranstalteten statistischen Erhebungen mit. Von 429 Beteiligten gehören 365 einer Organisation an, davon 359 dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande. Mehr als neun Stunden pro Tag arbeiteten 108 Brüder in 15 Betrieben, darunter 86 sogar noch zehn Stunden, andre 9 1/2, 9 1/4, 9 1/8 Stunden. Neun Stunden arbeiteten 299 in 44 Betrieben, 8 1/2 Stunden 11 in 8 Betrieben, 8 Stunden 11 in einem Betriebe. Daraus ergebe sich, meint Medner, die dringende Notwendigkeit, den Reinstundentag als Normal-Arbeitszeit zu fordern, denn fast ein Viertel der bei der Statistik beteiligten Kollegen arbeiteten noch mehr als 9 Stunden. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 35 Pf. und 70 Pf. Am meisten wird ein Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt, nämlich an 165 Kollegen in 37 Betrieben, 52 1/2 Pf. erhalten 13 in 6 Betrieben, 55 Pf. 51 in 19 Betrieben, 56 Pf., 57 1/2 bis 59 Pf. erhielten 6 in 6 Betrieben, 60 Pf. 20 in 13 Betrieben, 61—65 Pf. 12 in acht Betrieben und 70 Pf. 2 in zwei Betrieben. Fast alle Brüder verrichten neben der Stundenlohnarbeit auch Accord- arbeit, nur in Lohn arbeiten nur 30 in 18 Betrieben. — Unter Berücksichtigung der Accordarbeit wurden an Stunden-Verdiensten festgestellt bei 86 Kollegen weniger als 50 Pf., bei 141 weniger als 60 Pf., bei 290 Kollegen 55 Pf. und mehr, bei 225 mehr als 65 Pf. bis zu 85 Pf. Cohen bemerkte, es ergebe sich hieraus, daß der Normalverdienst 55 Pf. und darüber betrage und es sehr be- scheiden wäre, wenn man als Mindestverdienst 60 Pf. fordere. Auf Grund dieses Resultats seien die Agitationskommission der Brüder Berlin und ihre Vertrauensleute dazu gekommen, den Ver- sammelten folgende Forderungen vorzuschlagen:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Ueber- stunden dürfen nur im äußersten Notfalle gemacht werden und sind dann mit 25 Proz. Aufschlag zum Lohn zu bezahlen. So lange noch die Möglichkeit besteht, neue Leute einzustellen, dürfen Ueber- stunden überhaupt nicht gemacht werden.
2. Der Mindestverdienst beträgt pro Stunde 60 Pf. Dieser muß, gleichviel ob im Lohn oder im Accord gearbeitet wird, unter allen Umständen erreicht werden.
3. An Werkzeugen muß geliefert werden: Holzdröhen, Holz- meißel, Stichstahl, Umlege, Delfstein und bei der Bearbeitung von Eisenblech das gesamte hierzu nötige Werkzeug.
4. Sollte Arbeitsmangel eintreten, so muß, bevor Entlassungen vorgenommen werden, eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zu sechs Stunden pro Tag eintreten.
5. Sonntags muß spätestens mit Beendigung der Arbeitszeit die Lohnzahlung beginnen. Geschieht dies nicht, so ist die Wartezeit im Lohn zu zahlen.
6. Die Reinigung der Wänke hat innerhalb der Arbeitszeit zu geschehen.
7. Wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, als in diesem Vertrage festgelegt sind, bestehen, darf eine Verschlechterung nicht eintreten.
8. Die Forderungen treten mit dem Tage der Bewilligung in Kraft und gelten zunächst bis zum 1. September 1903.
9. Sollte der Vertrag nicht vier Wochen vor diesem Termin ge- lündigt werden, läuft er immer um ein Jahr weiter.
10. Maßregelungen infolge Durchführung dieser Forderungen sind unzulässig.

Nach einer recht lebhaften Debatte und einem begeisterten Schlußwort Cohens beschloß die Versammlung einstimmig, den vor- stehenden Vertragsentwurf in jedem Betriebe, wo Brüder be- schäftigt sind, dem Unternehmer am 8. September zur unterschrit- tlichen Anerkennung zu unterbreiten. Da die Unterschift bis zum 12. September abends nicht gegeben ist, darf die Arbeit am Montag, den 14. September, nicht wieder aufgenommen werden.

### Die Tarifbewegung der Contobucharbeiter.

In einer zahlreich besuchten Versammlung der Contobucharbeiter und Arbeiterinnen, die am Montag im Gewerkschaftshause tagte, berichtete A. Wagner über die Verhandlungen mit den Prinzipalen. Nachdem die Tarifkommission am 1. Juli der Vereinigung der Geschäftsbuch-Fabrikanten die Forderungen der Arbeiter übermittelte, wurde in verschiedenen Sitzungen mit den Vertretern der Prinzipale darüber beraten. Die Verhandlungen ge- stalteten sich sehr schwierig, da die Prinzipale, statt die geringen Forderungen anzuerkennen, sich bemühten, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen, wobei ihnen die auswärtigen Konkurrenz, namentlich die der Fabrikanten in Briesen in Schlesien und in Hannover, zum Vorwand diente. In der Sitzung, die vor acht Tagen stattfand, kam es endlich in den meisten Punkten zu einer Einigung. Der Hauptfache nach wurden folgende Be- stimmungen vereinbart. Der Minimallohn für männliche Arbeiter wird von 44 auf 48 Pf. erhöht, der für Ausgelernte im ersten Jahr nach der Lehrzeit von 40 auf 41 Pf. Zu einer Erhöhung des Minimallohns der Specialarbeiter, der 48 Pf. be- trägt, waren die Prinzipale nicht zu bewegen. Der Minimallohn für Arbeiterinnen nach einjähriger Tätigkeit im Beruf wird von 24 auf 28 Pf. erhöht, der für Specialarbeiterinnen bleibt wie bisher 37 Pf. pro Stunde. Statt der bisher geltenden Prozentschläge für Ueberstunden werden feste Sätze von 15 Pf., Sonntags 22 Pf. für Arbeiter, und 10 Pf., Sonntags 15 Pf. für Arbeiterinnen ein- geführt. Die gesetzlichen Feiertage werden den Lohnarbeitern und Arbeiterinnen bezahlt, sofern sie mindestens schon vier Wochen im Geschäft thätig sind. Dem § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde insoweit Rechnung getragen, daß Arbeitern, die einer militärischen Pflicht genügen, für die sie keine Entschädigung erhalten, eine Lohn- entschädigung bis zu drei Stunden gewährt wird. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen den für die Branche erzielten partiellen Arbeitsnachsatz an und verpflichten sich, nach Möglichkeit nur diesen Nachsatz zu benutzen. Zur Erledigung von Streiksigkeiten und Beschwerden wird ein Tarif-Schiedsgericht eingesetzt, das aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern und einem unparteiischen Vorsitzenden besteht. Der Tarif gilt auf drei Jahre und soll am 1. Oktober 1903 in Kraft treten. Hinsichtlich des Accordarbeits erklärte sich die Arbeitgeber bereit, in Be- ratungen einzutreten, die, wie sie hoffen, im Laufe des nächsten Jahres beendet werden können. Voraussetzung ist, daß auch in den Konkurrenzstädten ähnliche Beratungen gepflogen werden. Bis zur Einführung des neuen Accordarbeits sollen die bisherigen Accordsätze

bestehen bleiben. — Der Referent sprach sich unter Hinweis auf die ungünstige Konjunktur für Annahme der vorgeschlagenen Verein- barungen aus. Nach einer sehr regen Debatte, in der der Unwille über den geringen Erfolg der Bewegung lebhaft zum Ausdruck kam, wurde gegen mehrere Stimmen folgende Resolution an- genommen:

„Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß die Prin- zipale die so geringen Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht anerkannt haben. Nur durch die ungünstige Konjunktur ver- anlaßt, erklären die Versammelten den Abmachungen zuzustimmen. Die Anwesenden verpflichten sich, für den Ausbau des Verbandes thätig zu sein und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin der Organisation angehören. Um den hiesigen Prinzipalen den Hinweis auf die auswärtige Konkurrenz zu nehmen, erziehen die Anwesenden den Verbandsvorstand, dafür zu sorgen, daß überall dort, wo Kontobuch-Fabriken bestehen, starke Jahrestellen ihres Verbandes geschaffen werden. Nur dann wird es möglich sein, ihre Forderungen voll und ganz zur Geltung zu bringen.“

In das Schiedsgericht wurden August Wagner, Dittmar Müller und Kusch, als Stellvertreter Heinisch gewählt.

**Zur Tarifbewegung der Marmor-Steinmehnen.** In der Versamm- lung am Montag im Englischen Garten, die zahlreich besucht war, sollte die Kommission endgültigen Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern erstatten. Seitens der Kommission wurde jedoch erklärt, daß die Zeit zu kurz bemessen war, Verhandlungen anzuknüpfen, überdies seien aber eine Anzahl Vertreter der maß- gebenden Firmen Berlin anwesend, um mit den Versammelten zu verhandeln.

In den Minimallohnforderungen der Steinmehnen — 65 und 70 Pf. Stundenlohn — sprach als erster Redner Herr Direktor Pergeman (Aktiengesellschaft für deutsche Steinindustrie). Er betonte, daß seine Firma wohl den geforderten Tarif „vertragen“ könne, würde er doch bereits mit Ausnahme von drei „alten Leuten“ durchweg be- zahlt. Trotzdem vertrete er den Standpunkt, daß der Tarif eine Revision erfahren müsse, und zwar in Form einer Klassifizierung der Arbeiter. Die Diskussion war eine äußerst rege.

Die Ausführungen des Vorredners gaben den Arbeitern Ge- legenheit, erst recht mit Nachdruck ihre berechtigten Forderungen zu vertreten. Wenn auch zugegeben wurde, daß in seinem Betriebe der Tarif gezahlt werde, so sei die Zumutung eines klassifizierten Tarifs ein Etwas, auf das niemand eingehe, und dies schon in Berücksichtigung, daß bereits vor zehn Jahren dieselben Löhne gezahlt wurden. Ebenso energisch verteidigten die Arbeiter ihren Stand- punkt. Ein Redner führte aus, daß am selben Tage ein Waggon mit 25 jungen Italienern als Arbeitswillige im Auftrage der Arbeitgeber hier in recht bedauerndem Zustande angekommen und bisher trotz vieler Versprechungen noch gänzlich mittellos seien. Ueber die Arbeitswilligkeit der „jungen Kräfte“ seien aber die Unter- nehmer sehr enttäuscht worden, als sie erfuhr, sie seien auch organisiert und somit dürften die hohen Kosten den Unter- nehmern keinen Erfolg bringen. Es lag nun, nachdem eine Einigung nicht angängig erschien, nachstehende Resolution zur Ab- stimmung vor:

„Die am 7. September zahlreich versammelten Steinmehnen halten an ihren gerechten Forderungen fest, da sie, um allem Kampf ein Ende zu machen, in der Freitagversammlung (4. September 1903) ihre Forderung schon erwidrigten.“

Vor der Abstimmung verlesmetzt Tempolino den an- wesenden 25 zugereisten Italienern den Inhalt der Resolution, und gleich einem Manne erklären alle, daß sie sich mit ihren deutschen Kollegen solidarisch erklären! Hierauf nahm die Versammlung, mit Ausnahme der Arbeitgeber, die Reso- lution einstimmig an. Selbst eine Pause von 15 Minuten, die von beiden Parteien zu Auseinandersetzungen unter sich aus- genutzt wurde, änderte an den Ansichten der Arbeitgeber nicht, so daß die Versammlung beschloß, den Unternehmern noch 24 Stunden Bedenkzeit zu geben, sich zu erklären, ob sie die Forderungen der Arbeiter anerkennen oder nicht. Diese Antwort werden die Arbeiter heute abend in einer Versammlung im „Englischen Garten“ entgegen- nehmen; bei eventuell abschlägigem Bescheide behält sich die Organi- sation die ihr beliebigen Schritte vor.

**Achtung! Radierer.** Wegen Maßregelung eines Kollegen legten sämtliche Ladierer der Firma H. Reinhardt, Lothringersstraße 97—98, Werkstattdanzigerstr. 62a, die Arbeit nieder und ist die Sperre über dieselbe verhängt worden.

Die Dreißerverwaltung. (Zentrale II, Radierer.)

**Achtung! Vergolder.** In der Goldbleiben-Fabrik von Blaiffem in Köln a. Rh. haben sämtliche Grundrieter wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Da wahrscheinlich die Vergolder an dem Streik teilnehmen werden, ist Hüsin von allen Kategorien streng fernzuhalten. Wir richten deshalb an die Kollegen die Bitte, die Sammellisten weiter zirkulieren zu lassen.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder.

**Die Lohnbewegung der Gärtler.** Eine außerordentlich zahlreich besuchte allgemeine Gärtlerversammlung beschloß gestern abend, daß heute früh in allen Betrieben, wo Gärtler beschäftigt sind, die von der Lohnkommission und den Vertrauensleuten in Vorschlag gebrachten Forderungen vorgelegt werden sollen. In allen Betrieben, wo die Forderungen bis zum 14. September nicht unterschrieben bewilligt sind, soll am 15. September die Arbeit nicht wieder auf- genommen werden. Es wird unter andern verlangt: die neunstündige Arbeitszeit, 25 Prozent Aufschlag für Ueberstunden und ein Mindest- verdienst von 50 Pf. pro Stunde. — Näherer Bericht folgt.

### Ausland.

Dem englischen Gewerkschaftskongress wurde am ersten Ver- handlungstage (Dienstag) eine Resolution vorgelegt, in der alle Arbeitervereinigungen dringend aufgefordert werden, gegen Chamberlains Finanzpolitik, die als schädlich und gefährlich be- zeichnet wird, Stellung zu nehmen. Es kam darüber zu einer leb- haften Erörterung, in der eine Verschiedenheit der Ansichten zu Tage trat insofern, als ein Teil der Redner Chamberlain und seine Politik verurteilten, während der andre Teil sich nachdrücklich dagegen aus- sprach, daß die Arbeiterschaft sich hartnäckig der vorgeschlagenen Untersuchung widersetze und die Delegierten warnte, die Erörterungen durch persönliche Feindschaft gegen Chamberlain beeinflussen zu lassen. Schließlich wurde die Chamberlains Politik ver- urteilende Resolution unter lautem Beifall gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Eisenbahnarbeiter in Madrid sind infolge Entlassung mehrerer Kameraden in den Ausstand getreten. Die Zahl der Aus- ständigen erreicht 3000. Polizei und Gendarmerie bewachen die Bahnhöfe und die Mais.

## Der Wahlkrawall in Laurahütte.

Rattowitz, 8. September 1903.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

Die Verhandlung begann um 9 Uhr im Schönerbergersaal. Es sind nur wenige Einladungen ausgegeben. Die Presse ist stark ver- treten. Vorsitzender ist Direktor Köhler, die Anklage vertritt Staats- anwalt Zipper. Der berichtserstattende Landrichter ist ein ehemaliges Vorwärtersmitglied des Deutscher Dismarckvereins, Verfasser fast aller harten Urteile gegen Sozialdemokraten in den letzten Jahren. Den ganzen Saal füllten ausschließlich der Beschwoorenenbank Angeklagte, darunter viele Kinder und zwei weihrauchige Weiber; zahlreiche Familienväter, meistens gar nicht oder geringfügig vor- bekräft, ruhige, trodene, teils blasse Bergarbeitergestalten bilden ruhig und zuversichtlich in den Saal. Der Zuschauerraum winnelt von Epigelen. Der Eröffnungsbefehl hat die Angeklagten 1 bis 40 für hinreichend verdächtig „an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge“, welche durch dieselbe Handlung: a) mit ver-

einten Kräften gegen Personen und Sachen Gewaltthätigkeiten be- gangen, b) Beamten, welche zur Vollstreckung von Befehlen und An- ordnungen der Verwaltungsbehörden berufen sind, in der rechtmäßigen Ausübung des Amtes, den zur Unterzückung der Beamten zu- geordneten Feuerbedienten und den Mannschaften der bewaffneten Macht in Ausübung des Dienstes durch Gewalt und Bedrohung mit Gewalt Widerstand geleistet und dieselben thätlich angegriffen hat, teilgenommen zu haben.“ Einzelne jugendliche Angeklagte sollen Gewaltthätigkeiten selbst begangen haben. Die übrigen sind wegen Aufkaufs und Nichtbeachtung der Versammlungsausschließung angeklagt.

Erster Angeklagter Kuzma (jugendlich) soll Gewaltthätigkeiten gegen Personen begangen, Sachen zerstört, Beamten Widerstand ge- leistet und sie thätlich angegriffen haben.

Kuzma erklärt: Ich war nicht in der Versammlung, auch nicht in der Menge draußen. Vorsitzender: Haben Sie nicht mit der Menge gegen die Feuerwehre Steine geworfen? Nein! Nachher stand ich in der Nähe des Hüttenteichs, als die Spritze schon im Wasser war. Julius Gohny hat einen Stein gegen das Hüttengasthaus geworfen. Die Aufforderung zum Aus- einandergehen habe ich nicht gehört. Vorher war ich zwei Stunden bei Beamten. Ich habe Gohny auf der Spritze fahren sehen. Vorsitzender: Sie sind hinter der Menge nach dem Hütten- teiche hergezogen. Kuzma: Nein, erst als die Menge vorbei war. Ich bestreite, Steine geworfen zu haben. Vorsitzender: Sie sollen mit den Worten: „für den Hut werde ich mich rächen“ einen Stein gegen die Spritze, Steine gegen die Feuerwehreleute geworfen und die Abprohpriete mitumgeworfen haben. — Kuzma: Nein, gesagt habe ich es, es war aber nicht wahr, mein Begleiter sollte denken, daß ich geworfen habe. Ich war ohne Hut von zu Hause fortgegangen. — Vorsitzender: Haben Sie sich erkundigt, warum die Spritzen launen? — Kuzma: Nein! Erst am nächsten Tage an der Kirche habe ich „Hoch Korsant“ schreien gehört. Vorsitzender: Haben Sie gemerkt, daß an die Kirche Steine geworfen wurden? Kuzma: Nein. Auf Befragen sagt Kuzma: Julius Gohny (Angeklagter im bevorstehenden Schwurgerichtsprozeß) sagte, man solle (polnisch) auf die die Polizei gehen. (Uebersezt wird gegen die Polizei). Widerspruch des Rechtsanwalts Derschmidt. Kuzma: Am Hüttenteich habe ich die Scheiben von Steinwürfen hören. Nachher ging ich, weil ich vor dem Schießen der Beamten Angst hatte. Ich sah von weitem Revolver. Vorsitzender: Sie waren lange Zeit anwesend; geben Sie doch zu, daß Sie Steine geworfen haben! Kuzma: Nein!

Der Staatsanwalt beantragt die Ladung des Untersuchungs- richters, da Kuzma bisher alles geleugnet habe. Nach längerer Debatte zwischen Staatsanwalt und Verteidigung, ob Kuzma von w e i t e m Revolver sehen konnte, beantragen die Rechtsanwälte, die wichtigsten Fragen polnisch zu wiederholen; man habe den Eindruck, daß Kuzma verschiedene Fragen nicht richtig verstanden habe; er stotterte oft und gab unklare Antworten. Nach ziemlich zu- gezwungener Diskussion hierüber zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern behält sich das Gericht den Beschluß vor.

Der 16jährige Grubenarbeiter Kowoll, wie Kuzma in Unter- suchungshaft, sagt aus: Ich stand vor Ludwig; bei Beginn der Spritzenfähigkeit ging ich nach Hause. Meine Wohnungstür war verschlossen. Kowoll wird beschuldigt, ein Stück Spritzenklauch sich angeeignet zu haben und mit der Menge zum Hüttenteich gezogen zu sein. Kowoll erklärt: Ich ging eben hinter den Leuten her. Vorsitzender: Aber Sie gingen mit der Menge in der Richtung des Hüttenteichs. Kowoll: Ja.

Der achtzehnjährige Müller Scherfinski (in Haft) hat am Tage nach den Krawallen einem Kollegen erzählt, er habe sich am Landfriedensbruch beteiligt und einen Schlauch zerschneiden. Er erklärt, er wolle nur renommieren und glaube nicht, daß sein Kollege den Quatsch weiter erzählen würde. Er belastet gleichfalls den Gohny.

Der 17jährige Fabrikarbeiter Depia (in Haft) soll ein Fenster des Hüttengasthauses zerschlagen haben. Er erklärt, er sei in Laurahütte ganz fremd, sei nur zu Besuch gewesen und habe nur die Scherben eines eingeschlagenen Fensters entfernt.

Der 15jährige Werkarbeiter Statnick soll im Hüttengasthaus und Hüttenteich mehrere Scheiben zerschlagen haben. Er bestreitet die Steinwürfe trotz entschiedenster Vorhaltungen.

Der 16jährige Arbeiter Kowoll soll mit Kuzma die Abprohpriete umgeworfen haben. Er bestreitet jede Schuld.

Der 14jährige Hüttenarbeiter Biola (inhaftiert) hat in der Vor- untersuchung bereits zugegeben, den Raum der Pfarrei eingerissen und Scheiben im Hütten-Gasthaus eingeworfen zu haben. Das geschieht er zu. Weitere Beschuldigungen bestreitet er. In übrigen belastet er ebenfalls den Gohny und be- hauptet, der Arbeiter Phabian habe ihn zum Scheibeneinschlagen aufgefordert.

Der nächste Angeklagte ist der am 21. Juni 1891 geborene Schüler Gudel. Rechtsanwalt Steinig beantragt Verlesung der Geburtsurkunde, was geschieht. Darauf beantragt der Verteidiger Einstellung des Verfahrens wegen Strafmündigkeit. Der Antrag wird nach längerer Beratung verworfen. Der Junge giebt anständig zu, zu einen Freundes gefragt zu haben: „Nehmt werde ich auch einen Stein werfen, sage es keinem.“ Bestreitet aber, wirklich geworfen zu haben. Gegen 4 Uhr wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

## Kommunales.

Berlin. Die socialdemokratische Fraktion hat bei der Stadt- verordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob und welche rechtliche Vorschriften bestehen, wonach der Polizeipräsident von Berlin in der Lage ist, den Leitern städtischer Schulen Anweisung über den Ausfall des Unterrichts zu erteilen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Achtung, Parteigenossen!** Parteigenossen, die gewillt sind mit den Delegierten zum Parteitage am Sonntagmorgen 8<sup>u</sup> Uhr nach Dresden zu fahren, wollen davon dem Genossen Friß, Prinzen- straße 31, bis Donnerstagabend Mitteilung machen, zwecks Besorgung von Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen. Die Willets sind am Sonntagmorgen auf dem Anhalter Bahnhof in Empfang zu nehmen. J. A.: St. Friß.

Braunsberg, 8. September. (B. Z. B.) Die der „Ermländischen Zeitung“ aus Guttstadt gemeldet wird, sind gestern bei einer militärischen Uebung bei Alt-Wartenburg zahlreiche Hitzschläge vor- gekommen. Es sollen zwei Mann tot und mehrere krank ins Hospital gebracht worden sein.

Bohnum, 7. September. (B. Z. B.) Der Vorstand des all- gemeinen Knappschäftsvereins beschloß heute, den früheren auf Antrag des socialdemokratischen Knappschäfts-Komitees gefassten Beschluß, den Krankenkassen für die Behandlung Wurmkrankten nicht mehr 50 Pf. Sonderbeitrag für Tag und Arbeiter zu bewilligen, aufzuheben. Die Krankenkassen erhalten somit, wie früher, für jeden Wurmkranken 2,50 M. Ferner wurde beschloffen, daß der Beschluß vom 15. August, wonach auch für die drei Karenztage das Kranken- geld gezahlt werden soll, keine rückwirkende Kraft hat.

Belgrad, 8. September. (B. Z. B.) Die Meldung, General Magdalenski sei gestern nachts verhaftet und heute morgen wieder frei- gelassen worden, ist unrichtig. Gestern wurde in Belgrad nur der Mit- glied Konstantin verhaftet. Konstantin war Ordnungsoffizier König Alexanders. General Magdalenski veröffentlichte eine Er- klärung, welche besagt, er verurteile zwar entschieden die an der Verhaftung gegen den früheren König beteiligten Offiziere, er sehe sich aber, da er kein aktiver General sei, nicht veranlaßt, in der Angelegenheit Stellung zu nehmen.



Zum Parteitage.

Unter der Ueberschrift: „Ein Nachwort zur Vicepräsidenten-Frage und Verwandtem“ veröffentlicht Genosse Bebel in der soeben ausgegebenen Nr. 49 der „Neuen Zeit“ seinen bereits angekündigten Artikel. Zur Orientierung der Parteigenossen, die nicht in der Lage sind, die „Neue Zeit“ zu lesen, geben wir aus dem sehr langen Artikel die hauptsächlichsten Darlegungen hier wieder. Bebel leitet seinen Artikel mit einer Erörterung darüber ein, weshalb er seine Erklärung in Nr. 41 der „Neuen Zeit“ gegen Vernstein veröffentlichte. Darin führt er aus:

„Als die Begeisterung über den Ausfall der Wahlen am 16. Juni die ganze Partei erfaßt zu haben schien und die bürgerlichen Parteien konfirmiert über diesen großartigen Sieg sich nicht zu fassen wußten, ging es plötzlich wie eine Erlosion durch ihre Reihen. Es erschien die Nr. 7 der „Socialistischen Monatshefte“ mit zwei Artikeln, die der bürgerlichen Presse die Handhabe boten, wieder zu Atem zu kommen und die hinter ihr stehenden Parteien zu trösten. Kurz gesagt, der Revisionismus war wieder einmal zu rechter Zeit auf der Bühne erschienen, dessen Erfolg unsere Gegner so sehnlich herbeiwünschten.“

Der eine dieser Artikel, der nach meiner Meinung in der Parteipresse nicht genügend gewürdigt wurde, war der des Genossen Heine: „Der 16. Juni“, und der andre war der des Genossen Vernstein: „Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?“

Diese beiden Artikel behandelten mit einer offensichtlichen Mißlie das Ergebnis des 16. Juni, obgleich sie unmittelbar unter dem Eindruck desselben geschrieben wurden. Der Genosse Heine spricht zwar in seinem Aufsatz von dem 16. Juni als „dem großen Tage“, damit ist aber auch seine Begeisterung erschöpft; er geht dann sofort dazu über, festzustellen, daß es jetzt nach der Niederlage des Liberalismus die Aufgabe der socialdemokratischen Partei sei, die liberalen Parteien nicht einfach abzulehnen, sondern zu erlösen, indem sie es übernimmt, die Idee der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit nicht anzuführen, sondern zu erfüllen. Unter diesem Zeichen, so fährt er fort, hat die Socialdemokratie einen erheblichen Teil ihres diesmaligen Stimmengewinnes errungen. Die socialdemokratische Partei wird es als ihre stolze Pflicht betrachten, sich diese ihr zugefallene Führung im öffentlichen Leben der Parteien zu erhalten.“

Und anschließend an das, was er hier als das eigentliche Focit des Wahlkampfes und als „Programm“ für die Thätigkeit der Partei im neuen Reichstag hinweist, sagt er: „Das kann sie, wenn sie in sich einig und doch frei ist. Die Gegner haben vor den Wahlen große Hoffnungen auf die inneren Differenzen in der Socialdemokratie gesetzt, ermutigt durch gerade noch in der letzten Zeit hervortretende Bewandlungsversuche und unerfreuliche Polemiken, die sich zum Teile gegen im Wahlkampf stehende Genossen richteten.“ Etwas unermittelt fährt Heine fort: „Es gehört zu den schönsten Erscheinungen dieses großen Kampfes, daß alle Unterschiede der Personen und Richtungen dem Feinde gegenüber verschwunden sind und daß Genossen, die monden Strauß miteinander ausgefochten haben, sich ohne Bedenken wechselseitige Hilfe geleistet haben. So stehen wir nach außen geschlossen da.“

Aber dieses brüderliche Zusammenwirken ist nur möglich, wenn kein unüberwindlicher Zwang die Freude an unsrer Sache stört. Einigkeit heißt nicht Einheit. Eine Partei, deren Anhänger rund drei Millionen zählen, darf nicht engherzig sein, muß die Freiheit der Grundsätze anerkennen und sich neuen Aufgaben gegenüber fähig erweisen, ihre Praxis fortzubilden. Woburd wir so große Erfolge errungen haben, das müssen wir uns bewahren: Einigkeit im Handeln, Freiheit im Denken.“

Dieser Artikel machte auf mich keinen erhebenden Eindruck. Weder das schale „Programm“, das er enthält, noch die dunklen, für die Partei keineswegs schmeichelhaften Andeutungen und die nichts weniger als klaren Forderungen, die in den Schlusssätzen enthalten sind. Denn was heißt es, zu fordern: „die Freiheit der Grundsätze anzuerkennen“, was doch wohl befragt, jeder in der Partei solle nach seiner Façon politisch fertig werden. Dann wird wieder von der Einigkeit im Handeln geredet, was doch ohne Gemeinsamkeit der Grundsätze und Grundanschauungen und ohne eine geschlossene Einheit in der Partei unmöglich ist. Oder sind wir Anarchisten? — Auch haben wir den Liberalismus nicht einfach zu erlösen, sondern ihn auch künstig zu überstreifen, wie wir ihn schon bisher stets überstossen haben, durch Festigkeit, Entschiedenheit und Konsequenz in allen Rechts- und Freiheitsfragen. Das hat uns bisher schon vom Liberalismus unterschieden, auch da, wo es sich um rein bürgerliche Forderungen handelt, und das muß uns künftig noch schärfer von ihm unterscheiden. Widerspruch über Widerspruch, Dunkelheit über Dunkelheit, und das bei einem logisch denkenden Kopf wie Heine.

So, sagte ich mir, sagt also Heine das Wahlergebnis auf und das sind die Forderungen, die er zu stellen hat.

Der ungünstige Eindruck dieses an erster Stelle stehenden Artikels in Nr. 7 der „Socialistischen Monatshefte“ wurde durch den Artikel Vernsteins noch verstärkt. Zwar bemerkt Vernstein eingangs desselben, die diesmalige Reichstagswahl habe in bezug auf Wehrung der Stimmen und Erroberung von Mandaten einen Erfolg gebracht, wie ihn kaum der größte Optimist in der Partei erwartet habe, aber damit ist auch sein Urteil über diesen großartigen Sieg, den je die Partei errungen hat, erschöpft. Auch er geht alsdann sofort dazu über, aus dieser zahlenmäßigen Feststellung zu folgern, daß nunmehr die Partei nichts Besseres zu thun habe als, koste es was es wolle, die erste Vicepräsidentenstelle im Reichstag zu besetzen, wobei er nicht nur die Bedenken gegen die hösische Guldigung, welche die Gegner von uns fordern, durch allerlei Sophismen, als welche ich seine Gründe ansehe, zu widerlegen trachtet, sondern sich auch zu weiteren Begründungen seiner Forderung zu der bisher nicht gehörten Darlegung verheißt: „daß alle Bedenken gegen die Vicepräsidentenschaft seitens der Partei um so weniger in Betracht kommen können, als die deutsche Reichsverfassung mit all ihren Mängeln von allen Verfassungen in Deutschland gerade diejenige ist, die in bezug auf Entstehung und Sühnungen den republikanischen Grundfragen am nächsten kommt. Sie ist nicht die Legitimierung irgendwelchen erblichen Rechtes einer Dynastie an das deutsche Volk, sie giebt einem Erbmonarchen nicht das Recht, das deutsche Volk als sein Volk zu bezeichnen, sie kennt keinen Kaiser von Deutschland, auch keinen Kaiser der Deutschen, sie überträgt nur auf Grund von Bestimmungen, die eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung der Nation seiner Zeit mitbeschlossen hat, gewisse Funktionen und mit ihnen die Würde eines deutschen Kaisers an den jeweiligen Träger der dreifachen Krone. Wie es auch mit dem Rechte der Dynastie beschaffen sein mag, als deutscher Kaiser ist ihr Vertreter verfassungsmäßig in nicht viel anderer Lage als der Präsident einer Republik, und auf Grund dieser Eigenschaft allein werden ihm die Befugnisse des Reichstags-Präsidenten zu teil.“ Der Schlusssatz dieses Artikels gipfelt in einer historischen Darlegung über das Wesen des englischen und des deutschen Liberalismus, dessen Niederlage eine der unerfreulichsten Erscheinungen in diesem Wahlkampf sei, und dem Vernstein die Wege zeigt, die er einschlagen möchte, um zu einer ähnlichen Stellung, wie sie der englische Liberalismus besitzt, zu gelangen. Diese Abhandlung macht auf den Leser den Eindruck, als fühle Vernstein den Verus, einer der Ketten dieses Liberalismus vom Untergang zu sein, und ich frage mich: ob dieses die Aufgabe eines Socialdemokraten sei, speciell nach einem solchen Wahlsieg.

Nach dem Genus dieser beiden Artikel lief mir, wie man zu sagen pflegt, die Haut über die Leber. Und da ich gleichzeitig mit jener Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ die Nr. 40 der „Neuen Zeit“ erhielt, in der Grosse Wehring in seinem Artikel: „Von Extra- und anderer Wurst“ die Ausführungen Vernsteins

glänzend zu Boden schlug, sagte ich mir: jetzt kannst du nichts Besseres thun, als dein volles Einverständnis mit Wehrings Artikel in der nächsten Nummer der „Neuen Zeit“ in Form einer kurzen und scharfen Erklärung auszusprechen. Damit erparst du dir einen Artikel und kürzest diese zur Unzeit und am denkbar verkehrtesten Orte herabgerufene Diskussion ab. So kam meine formell und materiell so viel angefochtene Erklärung zu stande. . . .

Nach einem Kapitel über die Reichsverfassung folgt:

Der Byzantinismus im Deutschen Reiche. Seine Wirkungen und Folgen.

Die hösischen Beziehungen und Verpflichtungen haben seit dem Jahre 1871 im Deutschen Reiche zwischen Kaiser und Reichstag einen Charakter angenommen, daß die Mehrheit des Reichstags, die diese Beziehungen mit Absicht angeknüpft und systematisch weiter ausgebaut hat, von den Präsidenten des Reichstags verlangen muß, die mit ihrer Stellung verbundenen Konsequenzen voll und ganz zu erfüllen. Das Wort Männerstolz vor Königsthronen ist auch bei der Mehrheit im Reichstag längst zur Wirklichkeit geworden.

Es ist ferner eine solche und oberflächliche Darstellung unsrer Hofgangpartei, wenn sie die Sache so darstellt, als handle es sich nur um eine Audienz — die übrigens allerunterthänigst nachgesucht werden muß — bei dem Kaiser nach erfolgter Wahl der Präsidenten. Freilich, eine Partei wie die unsre sollte würdigerweise ohne weiteres eher auf die Präsidentenstelle verzichten, als sich den vorgezeichneten Bedingungen auch nur einmal zu fügen. Aber es folgen aus dem ersten Schritte notwendig andre. Genau wie jene Audienz bei dem Kaiser Sitte geworden ist, wurde es Sitte, daß am Schlusse jeder Session der Reichstag mit einem Hoch auf den Kaiser auseinandergeht. Hat man also A gesagt, muß man B sagen. Kann der socialdemokratische Vicepräsident, falls zufällig in jener Schlusssitzung der erste Präsident zu präsidieren verhindert ist, jenes Hoch auszubringen verweigern? Und was sind die Folgen, wenn er es verweigert? Die ganze Vicepräsidenten-Herrschaft schiebe in die Luft, denn sofort würde seitens der Mehrheit ein Sturm der Entrüstung gegen ihn losbrechen und ein fulminantes Mißtrauensvotum, das ihn von seinem Sitze heruntersetzte, wäre die Folge. . . .

Vollmar und Genossen sagen: Der Gang zu Hofe sei weniger schlimm als den Verfassungsbüch zu leisten. Auch das ist falsch. Der Treueid ist in der Verfassung der meisten Einzelstaaten vorgeschrieben. Die Frage entsteht also: Schwören wir ihn, um überhaupt in die Burg der Volksvertreter gelangen zu können, oder bleiben wir, was unsere Gegner wünschen, indem wir den Treueid verweigern, draußen. Stehen wichtige Interessen des Proletariats in Frage, die ich ohne diesen Treueid nicht wahrnehmen kann, so schwöre ich ihn. Stände in der Reichsverfassung, daß die Parteien nach ihrer Stärke die Präsidentenstellen im Reichstag belegen müssen und diese Präsidenten gewisse Verpflichtungen auch dem Kaiser gegenüber zu erfüllen hätten, dann hätten wir keine Wahl. Aber dann trifft nicht um der Wurst, die wir diese Vorschriften erfüllen müssen, wollen wir überhaupt parlamentarisch thätig sein, sondern diejenigen, die sie machten und damit einen gewissen Zwang ausübten. Außerdem beläßen wir alsdann die Möglichkeit, durch Anträge die Befestigung dieser leeren Formeln zu verlangen und sie gebührend zu gestehen. Ich habe nicht nur als sächsischer Landtags-Abgeordneter den Treueid kalten Blutes geschworen, sondern ich mußte ihn auch schwören, als ich, um mein Geschäft betreiben und eine Familie gründen zu können, Bürger von Leipzig werden mußte. Ich sehe noch heute das eigentümliche Lächeln, das um den Mund des liberalen Oberbürgermeisters noch spielte, als er mir den Treueid abnahm. Ich lächelte wieder und schwur. . . .

Man habe ja auch anfangs die Beteiligung an den Kommissionen und am Seniorenlombent belappt und nun thue man ohne Widerrede und ohne Schaden für die Partei mit, rufen weiter die Vertreter unsrer Hofgangpartei.

Auch das sind falsche Schlüsse.

Die Beteiligung an den Kommissionen ist nie principieil abgelehnt worden. Man war freilich, wie weit man in die Kommission gehen sollte. Als 1890 im Norddeutschen Reichstag die Gewerbeordnung beraten wurde, wählte mich der Reichstag in die betreffende Kommission. Die Vorgänge bei der damaligen Beratung der Gewerbe-Ordnungsvorlage waren es hauptsächlich, die mich recht veranlaßten, meine Rede, die später als Broschüre unter dem Titel erschien: „Die politische Stellung der Socialdemokratie“, gegen das „Parlament“ zu halten. Er hat bekanntlich später selbst diesen Standpunkt fallen lassen. 1874/75 war Motzler ebenfalls Mitglied einer Gewerbe-Ordnungskommission. Die Frage wurde nachher erst wieder aktuell Anfang der achtziger Jahre. In die Kommission für die Krankenversicherungsgesetz-Vorlage wählte man mich und nicht, wie hätte nicht die Kopfzahl einer Fraktion, schickte man vor. 1884/85 traten Diez und ich in die Kommission für die Dampfersubventions-Vorlage ein. Ob man sich auch an der Budgetkommission, angeht unsrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Etat, beteiligen solle, darüber entstanden Meinungsverschiedenheiten.

Gegen die Beteiligung am Seniorenlombent wurde geltend gemacht, daß derselbe keine von der Geschäftsordnung vorgeschriebene Einrichtung sei, daß eine Institution wie diese die Rechte des Reichstages beschränke usw. Die Differenz entstand, weil man sich über die Rolle dieser Körperschaft nicht völlig klar war. Heute wissen wir, daß der Seniorenlombent keine beschließende Körperschaft ist, dem Reichstages keine Vorschriften machen kann, daß er nichts ist als eine Zusammenkunft von Vertrauensmännern der Fraktionen, die der Präsident nach freiem Ermessen beruft, um sich über die Stimmungen und Meinungen im Reichstages in geschäftlichen Fragen zu informieren. Der Präsident handelt nach Anhörung der Senioren wie er für angemessen erachtet. Beschlüsse werden nicht gefaßt, und auch die Fraktionen sind an die lundgethanenen Ansichten ihrer Vertrauensleute im Seniorenlombent nicht gebunden. Das sind aber alles Dinge, die sich innerhalb des Reichstages behufs der zweckmäßigsten Erledigung der Geschäfte abspielen und mit hösischen Repräsentationspflichten gar nichts gemein haben. . . .

Die angeblliche Wächterweiterung der Partei.

Vollmar sagt weiter: er sehe die Sache als eine Frage der Wächterweiterung der Partei an und sei der Meinung, daß diese um das Recht und die Pflicht auferlegt, uns an der Führung der Geschäfte zu beteiligen und die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen.

Ueber das Recht unsrer Fraktion auf einen Vicepräsidenten unter Erfüllung der Verpflichtungen, die Verfassung und Geschäftsordnung vorschreiben, besteht keine Meinungsverschiedenheit unter uns. Diese entsteht erst über die Frage: ob auch hösische Repräsentationen erfüllt werden sollen. Darauf habe ich schon geantwortet.

Daß die Besetzung der Präsidentenstellen aber auch ein Machtzuwachs für diejenigen Parteien bedeute, die die Präsidenten stellen, ist eine Keusch.

Die Präsidenten haben die Leitung der Geschäfte des Hauses nach den darüber vorhandenen Bestimmungen zu handhaben und sie sollen dieses ohne Ansehen der Partei und der Person thun. Das sind die Grenzen ihrer Macht und ihrer Pflicht. Um dieses möglichst unparteiisch thun zu können, ist es usus, wenigstens für den ersten Präsidenten, daß er während seiner Amtsdauer zwar nicht aus der Partei, zu der er gehört, austritt, aber quasi nur passives Mitglied derselben ist. Auch für die Vicepräsidenten erwächst aus ihrer Stellung eine gewisse Zurückhaltung, aber Macht zu Gunsten der Partei, zu der sie gehören, erwächst daraus in keiner Weise. Suchten sie diese zu Gunsten ihrer Partei zu erlangen, so mißbrauchten sie ihr Amt.

Und nun möchte ich Vollmar fragen: Was hat das Centrum an Macht und Ansehen eingebüßt, daß es während der ersten zehn Jahre seines Bestandes im Reichstages durch die nationalliberal-konervative Koalition von der Besetzung eines Präsidenten-

stages ausgeschlossen war? Waren gerade diese Jahre nicht seine Glanzzeit?

Sein Abstieg im Ansehen sank in dem Maße, wie es Lohaler wurde und damit auch die erste Stelle im Präsidium erfiel.

Oder was blühte die konervative Partei an Macht und Ansehen ein, als 1893 aus Anlaß des bekannten Konfliktes mit der Mehrheit des Reichstages wegen der von dieser verweigerten Gratulation zu Bismarcks achtzigstem Geburtstag Herr von Levetzow sein Amt als erster Präsident niederlegte?

Oder was gewann die Freisinnige Volkspartei an Macht und Ansehen, als einer der ihrigen, der Abgeordnete Reich. Schmidt, als Vizepräsident an die Stelle des zweiten Vicepräsidenten, des national-liberalen Würlin trat, der aus den gleichen Gründen wie von Levetzow sein Amt niederlegte?

Oder was schadete es der Macht und dem Ansehen der socialdemokratischen Partei, daß die Mehrheit des Reichstages ihr 1893 die zweite Vicepräsidentenstelle verweigerte? Wir hätten mit diesem Vicepräsidenten bei der letzten Wahl auch nicht eine Stimme mehr gewonnen. . . .

Die Staatsform mehr Nebenfrage für die Socialdemokratie.

Es fällt mir nicht ein, die Staatsform zu überschätzen. Aber sie ist sehr wesentlich. Es giebt allerdings Monarchien, wie zum Beispiel die englische, die ich mancher Republik vorziehe, zum Beispiel den südamerikanischen. Aber auch zwischen den Monarchien ist ein gewaltiger Unterschied. Eine starke Monarchie bedeutet ein schwaches Parlament. Und wenn das Königtum durch Heer und Flotte und Beamtenhierarchie usw. schon stark ist und durch die herrschenden Klassen noch besonders gestützt wird, dann ist es für die Demokratie eine ganz besondere Gefahr! Daher ist die Monarchie in Preußen die Monarchie par excellence, die es in der ganzen Welt nicht zum zweitenmal giebt. Und der jeweilige preussische Monarch, der zugleich deutscher Kaiser ist, ist auch der systematische Stützer des Junkertums, in dem er seine vornehmste Stütze sieht. Er ist es auch, an dem das Dreiklassen-Wahlrecht mit all seinen Ungleichheiten in Staat und Kommune für die Arbeiterklasse seinen Grund und Götzen findet, der alles billigt, was bisher die Socialdemokratie in Preußen rechtlos gemacht und geschädigt hat. Und zum Danke dafür sollen wir zum preussischen Monarchen als deutschem Kaiser zu Hofe gehen und den Kotau machen!

Wäre dagegen Preußen-Deutschland eine Republik und wäre sie noch so klein, so besäßen wir höchst wahrscheinlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Vertretungskörper; Distanzlosigkeit an die Abgeordneten, eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise, womöglich das Proportional-Wahlrecht, ein viel freieres Vereins- und Versammlungsrecht, eine größere Pressefreiheit, eine vollkommenere Socialreform, für die dann unsre Macht ganz anders in die Waagschale fiel wie jetzt, ein demokratischer gestaltetes Militärwesen, eine dem Parlament verantwortliche Regierung, kurz es wäre eine Reihe unsrer nächsten Programmforderungen erfüllt, um die wir jetzt noch lange und voraussichtlich sehr schwere Kämpfe zu bestehen und große Opfer zu bringen haben! . . .

Die Gegner und der Streit in der Partei über die Vicepräsidentenfrage.

Unsre Gegner konnten sich nichts Besseres wünschen als eine Debatte, wie sie über die Präsidentenfrage in der Partei gepflogen wurde, sie hat ihre Hoffnung auf Erweiterung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei nur gestärkt und sie hat wieder einmal und das wenig erbauliche Schauspiel geboten, daß ein Teil der gegnerischen Presse sich mit Gönnermienen derjenigen annimmt, die ich als die Hofgangpartei bezeichne, und sich in unsre Angelegenheiten mischt.

Damit komme ich auf einen Punkt, der endlich zu einer rückhaltlosen Auseinandersetzung zwischen uns auffordert.

Die Revisionen, die seit nunmehr vollen sechs Jahren sich in unabsehbarer Reihenfolge an allem was die Partei war und ist, hat und erbt, wiederholen — und allmählich in der Partei einen Zustand der Gereiztheit und der Erbitterung erzeugt haben, von der unsre Revisionisten, so scheint mir, keine rechte Vorstellung haben — finden in einem großen Teile der bürgerlichen Presse ein lebhaftes Echo. Wie der Schall nach dem Aus geht, so spürt sie dem „Berlegungsprozess“ nach, der nach ihrer Ansicht in der Partei vorhanden ist und schließlich zu einem von ihr erhofften Erfolg führen müsse. Es ist so weit gekommen, daß sich um die Personen aus unsrer Reihe, die bei diesen Revisionen ohm Ende im Vordergrund stehen, im bürgerlichen Lager ein Kohorte von Lobhudlern gefunden hat, die sofort in einen wahren Korybantenlärm ausbricht, sobald eine dieser Personen den Mund aufthut oder die Feder angefaßt hat, um einen neuen Irrtum der Partei nachzuweisen oder eine neue Taktik in dieser oder jener Frage der Partei zu empfehlen. Nach diesen Lobhudlern sind unsre Revisionisten „weitsichtige Staatsmänner“, „echte Realpolitiker“, „einsichtige Männer mit gerüstetem Verstand und weitem Blick“ usw. Kurz, man erteilt Lobeserhebungen, die für die aus gegnerischem Munde Gelobten hart an Beleidigung streifen. Wir lächeln aber, daß mancher unter diesen das Blamable eines solchen Vorganges nicht begreift und die plumpen Schmeicheln wie Honigstein einschleuft. Wir andern dagegen sind Principienwächter und Principienwächter, Unentwegte, einsichtslose Fanatiker und dergleichen mehr.

Ich habe längst den Eindruck, daß die von den Gegnern einzeln unsrer Parteigenossen entgegengebrachten Geschmacklosigkeiten bei der großen Mehrheit der Parteigenossen — soweit diese durch die Parteipresse Kenntnis davon erhält, was meist sehr unvollkommen geschieht — mit Unmut angesehen werden und Kopfschütteln hervorrufen. Aber diesen Befehlen muß endlich einmal Ausdruck gegeben werden.

Es begreift sich, daß die Gegner alle Vorgänge in einer Partei wie der unsren genau verfolgen und auszuschlachten trachten. Um so schlimmer, daß ihnen in ihren albernen Hoffnungen und törichten Schlussfolgerungen von seiten derjenigen, die immer wieder den Stoff zu solchen Vorgängen liefern, nicht energisch gesagt wird, daß sie sich trollen möchten und daß man für ihr Gerandringen, ihre ungeborenen Ratschläge und ihre niedrigen Schmeicheln nur Kopfschütteln und Geringachtung habe. Aber daß das nicht geschieht, hat seine guten Gründe.

Zu welchen Raisonnements man sich im gegnerischen Lager aus Anlaß der Vicepräsidentenfrage in der Partei wieder verfliegen hat, mag eine Auslassung des Philosophen des Unbewußten, Edward von Hartmann, zeigen, die ich in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ abgedruckt finde. Darin heißt es:

„Die Gruppe der „Socialistischen Monatshefte“ entwickelt sich immer mehr zu einer Vertretung des vierten Standes, das heißt der qualifizierten Arbeiter, während die Gruppe der „Neuen Zeit“ zur Vertretung des fünften Standes, der unqualifizierten Arbeiter, des eigentlichen Proletariats, wird. (Was einfach aber ist zu glauben. A. B.) Noch hält die Rücksicht auf die Einheit der Partei die erstere Gruppe ab, ihre letzten Konsequenzen zu ziehen, aber auf jedem neuen Parteitag zeigt sie sich stärker, und mit jedem Alten, der stirbt, und jedem Jungen, der in den Reichstag einzieht, wächst ihre Macht. Solange die Partei zusammenhält und die ältere Richtung in ihr das Uebergewicht hat, ist an eine Abschwächung der Agitation nicht zu denken, sobald dagegen die neuere Richtung die Herrschaft über die Partei erlangt oder sich von der älteren trennt, steht ihrer Regierungsfähigkeit kaum noch etwas im Wege. Die Vertretung der gelehrten Arbeiter kann unmöglich die Diktatur des Proletariats, das heißt der ungelerten Arbeiter, als Ziel festhalten, sondern muß die Interessen ihrer Auftraggeber als Ulied des großen Wirtschaftsorganismus behandeln.“

Es sind viele ähnliche Raisonnements in der gegnerischen Presse in den letzten Wochen erschienen. Ich drucke den Hartmannschen Erguß ab, nicht weil ich ihn für richtig halte, sondern weil er in gewissen Gedankengängen mit Gedanken übereinstimmt, die in den



Letzten Jahren in beiden Parteienlagern, wenn auch nur im engeren Kreise laut geworden sind. Kamenlich ist es der Tod der sogenannten Alten, dem von manchen mit Hoffnung, von anderen mit Befürchtungen entgegenzusehen wird.

Ob bei den vielfachen Kaden, die aus dem Lager unserer Revisionisten ins bürgerliche Lager führen, Herr v. Hartmann die Glocken in unsern Reihen läuten hörte oder ob er aus eigener Intuition und auf Grund seines Studiums der revisionistischen Literatur zu solchen Schlüssen kommt, weiß ich nicht. Zweifellos ist, daß unsere Gegner in unsern Revisionisten etwas dem National-liberalismus sehr Verwandtes sehen und schätzen, daß denselben zerlegenden Einfluß, den dieser auf den deutschen Liberalismus gehabt hat, die Revisionisten auf die socialdemokratische Parteibewegung ausüben. Ich kann ihnen leider nicht unrecht geben.

Daß wenigstens ein Teil unserer Revisionisten darauf hinarbeitet, den Gegensatz zwischen bürgerlicher Gesellschaft und klassenbewußtem Proletariat mehr und mehr abzuwischen, ist für mich außer Zweifel. Seit der Rede Vollmars im Juni 1891 in München, in der er offen und für alle Welt sichtbar seine Marierung vom ehemaligen Hyperradikalen zu einem Hypertypus dokumentierte — eine Marierung, die verschiedene ehemalige Hyperradikale in der Partei seitdem auch machen — treten diese Strebungen immer lebhafter hervor. Eine Reihe Debatten, die wir über diese Strebungen seitdem auf den verschiedenen Parteitagungen gehabt und die uns, wie zum Beispiel in der Budgetbewilligungsfrage, zur Annahme bestimmter Entschlüsse zwangen, bestätigten dieses. An diesem Streben, die Gegensätze zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Socialdemokratie zu mildern, die Reibungsflächen zwischen ihnen zu verkleinern, vermochten bisher alle bösen Erfahrungen, die wir mit dem Liberalismus noch bis in die letzten Tage gemacht, nichts zu ändern. Sehr natürlich. Indem man die Gegensätze abzuwischen sucht, nähert sich der Liberalismus nicht uns, sondern wir nähern uns ihm. Daraus folgt weiter das Bestreben, jeder kleinen Konzeption, die wir auf parlamentarischen Gebieten dem Gegner abtrotzen, zuzustimmen, was schon so häufig heftige Auseinandersetzungen in der Fraktion hervorgerufen hat — und was notwendig wieder unsere Gegner dazu bringen muß, daß je bescheidener wir werden, sie um so weniger und entgegenkommen.

Andererseits müssen diese Konzeptionen bei der Masse als möglichste große Erregungsfaktoren dargestellt werden, weil sonst die Massen an uns irre würden. So folgt ein falscher Schritt aus dem andern.

Die Vicepräsidenten-Frage ist nicht nur ein Ding in dieser Kette, sie ist ein Glied in derselben. Ich habe nachgewiesen und andre mit mir, wie aus dem ersten Gange zu Hofe weitere Schritte notwendig folgen und wir schließlich in eine Position geraten müssen, in der es ganz unmöglich ist, die bisherige Taktik der Partei noch aufrechtzuerhalten.

Das Beugen unserer Revisionisten darf uns nicht irre machen, sie legen sich immer aufs Beugen, sobald man klare Auskünfte von ihnen verlangt, wohin die Reise geht. Unsere Gegner wissen aber ganz genau, wohin diese revisionistische Taktik mit tödlicher Sicherheit führen muß, daher der Jubel und das Interesse, mit dem sie jeden Versuch unserer Revisionisten, einen Keil in die alte Taktik zu treiben, begrüßen und soweit es an ihnen liegt, bestrebt sind, die bestehenden Gegensätze in der Partei zu erweitern.

Das hat Herr Raumann in Dresden mit allzubild Offenherzigkeit zugestanden. Ich würde mich sogar nicht wundern, wenn unsere Gegner eines Tages einen Teil ihrer Intellektuellen in die Partei kommandieren, um die Krise in der Partei zu beschleunigen.

Von dem Zerlegungsprozess in der Socialdemokratie, den man durch verkehrte Maßregeln nicht unterbrechen dürfte, spricht zum Beispiel auch der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Vöthler — einer unserer intimsten Feinde — in einer Erklärung an die Liga der Scharfmacher mit der Kaltblütigkeit eines Arztes, der einem Kranken die Diagnose stellt. Herr Vöthler ist, wie bemerkt, Nationalliberaler und insofern Sachverständiger.

Es wird gut sein, die Sachen uns auch von diesem Standpunkt aus anzusehen. Ein sinner Mann sieht den Dingen gerade ins Gesicht und läßt sich weder verblüffen noch überraschen. Vor allem höre man endlich einmal in unsern Reihen mit dem Komödientenspiel auf, immer wieder von Einigkeit und Einheit in der Partei zu reden und nach jedem Parteitag diese Melodie aufs neue anzustimmen, wo von Einigkeit und Einheit keine Rede mehr ist — siehe auch das Citat oben aus Heines Artikel in den „Monatsheften“ — und unsere Revisionisten systematisch daran arbeiten, die Gegensätze in der Partei zu erweitern und die Partei auf die schiefe Ebene zu drängen.

#### Hoffnungen und Befürchtungen.

Was die Hoffnungen oder Befürchtungen auf den Tod der Alten betrifft, so werden weder die Hoffnungen der einen noch die Befürchtungen der andern in Erfüllung gehen. Sind Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht und andre gestorben, von denen man glaubte, daß ihr Tod der Partei großen Schaden verursache, so wissen wir, daß die Partei trotzdem zu unserer vollen Zufriedenheit sich entwickelte. Es wird ihr also auch nichts schaden, wenn einmal die andern Alten der Natur ihren Tribut zollen, denen die Jungen folgen, von denen der eine und der andre noch diesem und jenem Alten voranziehen dürfte.

Entscheidend ist, daß die Masse der Parteigenossen die Augen aufhält, daß sie nie vergißt, daß, wieviel Personen immer aus bürgerlichen Kreisen der Partei sich anschließen, die Partei eine proletarische Massenpartei ist. Das Wachstum der Partei läßt zweifellos auf gewisse dem Proletariat fernstehende Kreise eine große Anziehungskraft aus, und in je höherem Maße, je größer die Partei wird. Diese Elemente glauben in der Socialdemokratie zu finden, was ihnen in den bürgerlichen Parteien nicht erhältlich ist. Ich begrüße mit Genugthuung jeden, der aus einer dem Proletariat fernstehenden Klasse zu uns kommt, vorausgesetzt, daß er sich in Charakter und Wesen der Partei zu finden weiß. Ihre Grundanschauungen und Ziele billigt und ehrlich mit uns gemeinsam kämpfen will. Aber viele von diesen Elementen kommen noch stark belastet mit den Eierschalen bürgerlicher Vorurteile und Anschauungen in die Partei. Selbst diejenigen unter ihnen, welche den Klassenkampf-Standpunkt der Partei theoretisch lapidieren haben, fallen häufig in der Praxis in bürgerliche Auffassungsweisen und Kampfmethoden zurück. Und so kommt es schließlich dazu, daß diese Elemente zu einer Partei in der Partei werden. Gleich und gleich gesellt sich gern. Demgegenüber muß immer und immer wieder mit aller Schärfe betont werden, daß die Socialdemokratie eine Partei des proletarischen Klassenkampfes mit entsprechenden Zielen ist, daß die Partei zwar die Befreiung der ganzen Menschheit aus Not, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung erstrebt, daß aber dieses Ziel allein auf dem Boden des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das klassenbewußte Proletariat, dessen Scharen durch den Gang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer gewaltiger anschwellen, erreicht werden kann.

Die Partei ist nicht nur gewaltig gewachsen, sie hat auch an geistiger Kraft und Intelligenz, an Einfachheit und Erkenntnis in das Wesen von Staat und Gesellschaft, insbesondere in ihren proletarischen Schichten, zugenommen, und diese klassenbewußten Massen werden seine Führer dulden, die sich ihnen nicht mit Leib und Seele ergeben. Darauf beruht unsere Hoffnung.

Die Führer haben das Vorrecht, an der Spitze der Partei zu marschieren und alle Hiebe unserer Gegner, die der Partei zugehört sind, in erster Linie zu parieren; sie haben der Vollstrecker des Willens und das Werkzeug für die Verwirklichung der Aspirationen und der Hoffnungen des Proletariats zu sein. Würden aber die Führer oder einzelne derselben anfangen zu glauben, die Masse als Piedestal benutzen zu können, um ihrem Ehrgeiz oder ihrer Eitelkeit zu fröhnen, und daß die Masse der Parteigenossen es sich als eine Ehre anrechnen müßte, daß sie sich herbeilassen, der Partei beizutreten, um eine Ehrenstelle zu übernehmen, so wären sie nicht die rechten Führer und man müßte ihnen den Weg zeigen. Mehr als je zuvor hat der 16. Juni, der die Erste eines grobartig geführten Klassenkampfes war, gezeigt, daß wir mit den glänzendsten Aussichten in die Zukunft gehen. Aber zu unsern Zielen können wir nur kommen,

wenn wir von der bisherigen Richtschnur unsres Handelns uns unter keinen Umständen abdrängen lassen.

Das Resultat des letzten Wahlkampfes ist kein solches, das zum Bremsen auffordert. Im Gegenteil. Und so wird, nachdem wieder einmal die Erörterung dieser Vice-Präsidentenfrage, die sehr wider meinen Willen in der geschickten Form aufgerollt wurde, die Gegensätze in der Partei zu scharfem Ausdruck brachte, der Parteitag, das „Parteitagkonzil“, durch eine klipp und klare Abstimmung unsere Feinde zeigen, daß die Hoffnungen, die sie auch an diese Erörterungen wieder knüpfen, gründlich ins Wasser gefallen sind. Durch diese Abstimmung muß aber auch ausgesprochen werden, daß die Partei diejenigen entschieden zurückweist, die immer wieder, weil sie den prinzipiellen Boden mehr und mehr unter den Füßen zu verlieren drohen, sich zu gewagten Experimenten oder der Partei unwürdigen Schritten herbeilassen.

Eine Anzahl Genossen wünscht, der Parteitag übergebe die Entscheidung über die Vicepräsidenten-Angelegenheit der Fraktion. Davon kann und darf nach dem Gange, den diese Erörterung durch Freund und Feind seit vielen Wochen in der Öffentlichkeit genommen hat, keine Rede sein. Ich weiß, auch in der Fraktion unterliegen die Revisionisten. Aber ummege ist nur noch der Parteitag der Ort, an dem die Frage vor der Partei und der Öffentlichkeit entschieden werden muß. Die Partei verlangt eine klare Entscheidung; sie will nicht, daß diese Entscheidung auf Monate hinaus verschoben wird, um in den vier Wänden eines Fraktionszimmers erledigt zu werden. . . .

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sein Stiftungsfest feiert der Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis nächsten Sonnabend in Dräsel's Festhale, Neue Friedrichstr. 35. Auf rege Beteiligung der Parteigenossen darf wohl gerechnet werden. Billets sind nur vorher bei den Vorstandsmitgliedern, den Kassierern C. Wittner, Feilnerstr. 11; F. Linde, Sieberstr. 17, zu haben.

Charlottenburg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder-Versammlung diesmal des Parteitagestages wegen schon in der laufenden Woche und zwar am Mittwoch stattfindet. Genosse Paul Hirsch spricht über die nächsten praktischen Aufgaben der Partei-Arbeit (Agitation für die Stadtverordneten- und Landtagswahlen). Der Vorstand.

Rixdorf. Heute Abend findet bei Thiel die Versammlung des Wahlvereins statt. Siehe Inserat.

Groß-Lichterfelde. Die Mitglieder-Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins findet Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104 statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. V. Vorhardt über die verfallenen Reichstagswahlen. Ferner wird der Bericht von der Generalversammlung des Centralvereins gegeben. Der Vorstand.

## Lokales.

### Wieder einmal die Berliner Schulnot.

In dreifünftigen Kreisen behauptet man zwar, eine Schulnot gebe es in Berlin nicht mehr. Man darf sich auch mit einem Schein von Recht darauf berufen, daß in den Gemeindefschulen Berlins der viel beklagte Mangel an Schulplätzen sich seit einigen Jahren gemindert hat. Es wird dabei aber verschwiegen, daß in demselben Zeitraum ein anderer Mangel, die Unterbringung von Gemeindefschulen in gemieteten Wohnhäusern, immer schlimmer geworden ist.

Besonders im letzten Jahre ist die Vermehrung der Mietschulen so bedeutend gewesen, wie nie zuvor. Von den Gemeindefschulen wurden im Sommer 1902 im ganzen 4382 Klassenzimmer benutzt, davon befanden sich 4028 in städtischen Schulhäusern und 356 in gemieteten Räumen. Im Sommer 1903 dagegen sind 4556 Klassenzimmer in Benutzung, wovon sich 4004 in städtischen Schulhäusern und 462 in gemieteten Räumen befinden. Die benutzten Klassenzimmer haben sich im Laufe des letzten Jahres um überhaupt 174 vermehrt, davon die eignen Klassenzimmer der Stadt nur um 68, aber die gemieteten um 106. Größer als durch diese Zahlen kann das Ueberhandnehmen des Mietschul-Unwesens kaum beleuchtet werden.

Es steht übrigens mit diesen Mietschulen in einer Hinsicht genau so wie mit den fliegenden Klassen. In manchen Stadtteilen kennt man sie gar nicht, in andern aber häufen sie sich um so mehr. Am zahlreichsten sind jetzt die Mietschulen vor dem Frankfurter Thor. Sie sind hier so dicht gedrängt, daß sie in diesem Stadtteil fast die Regel bilden. Auf dem verhältnismäßig kleinem Gebiet zu beiden Seiten der Frankfurter Allee befinden sich von überhaupt 27 Berliner Mietschulen allein acht Mietschulen mit 140 Klassen, und im April nächsten Jahres soll dazu eine neunte mit noch 25 Klassen kommen. Das sind doch geradezu Standeslöhne Zustände.

Wir haben wiederholt gezeigt, daß in den neu entstehenden Stadtteilen viel zu spät an die Errichtung eigener Schulhäuser gedacht wird. Die städtische Verwaltung hintert die baulichen Entwicklungen gewöhnlich um drei, vier Jahre nach. Daher dann der chronische Mangel an Schulplätzen, den man früher mehr durch fliegende Klassen, heute aber mehr durch Mietschulen zu verdecken sucht. In dem oben erwähnten Stadtteil vor dem Frankfurter Thor sind vier neue Doppel-Schulhäuser geplant, und für ein fünftes, das in Aussicht genommen ist, soll jetzt ein Grundstück angekauft werden. Gebaut wird aber erst an einem einzigen dieser fünf Schulhäuser. Dieses eine kann nicht vor Herbst 1904 gebrauchsfertig werden, und wahrscheinlich wird sich die Fertigstellung sogar bis zum Frühjahr 1905 verzögern. Wann das fünfte der neuen Schulhäuser seine Pforten öffnen wird, das kann heute noch niemand wissen; wir schätzen aber: im Jahre 1907. Wie mögen sich bis dahin die Schulverhältnisse des Frankfurter Thor-Viertels gestaltet haben!

In der Stadtverordneten-Versammlung sind die Folge-Erscheinungen des Schulmangels, die fliegenden Klassen wie die Mietschulen, von socialdemokratischer Seite oft genug erörtert worden. Bei einer dieser Gelegenheiten, es war im Herbst 1905, erwiderte ein freisinniger Stadtverordneter, ein Führer der „Neuen Linken“, es trete eben manchmal in verschiedenen Gegenden der Stadt eine unerwartete Frequenz ein. „Wir können ja nach und nach wissen“, sagte er, „woher das kommt; wenn politische Wahlen oder Kommunalwahlen stattfinden, dann wird an der Stelle, wo gewählt werden soll, immer ein ungeheurer Schulbedarf vorhanden sein“. Das war das selbe Wahlmärchen, das im Jahre 1903 von neuem aufgeführt wurde. Nur daß es damals nicht zur Verkleinerung socialdemokratischer Wählerfolge, sondern zur Beschönigung freisinnigen Schulmangels benutzt wurde.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Deputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Kollé legte der Stadtelektriker Dr. Kallmann die Pläne für die elektrische Beleuchtung des Platzes vor dem Brandenburger Thor vor. Die Beleuchtung soll durch zwei künstlerisch angelegte Kandelaber bewirkt werden. Die gesamte elektrische Beleuchtung des Tiergartens sowie des Humboldthaines soll in Zukunft mit einer sogenannten „Kernschalter-Einrichtung“ durch die Berliner Elektrizitätswerke erfolgen und der „Große Stern“ eine bessere Beleuchtung bei der Umgestaltung dieses Platzes erhalten. Die Deputation beschäftigte sich außerdem mit der Festlegung einer neuen Lohnskala für Rohrlegerpoliere des städtischen Hörsystems, die diesen vom 1. Oktober ab zu teil werden soll. Die Bestimmungen

für die Arbeiterauschüsse sollen für alle Abteilungen und Werkstätten gleichlautend sein und durch Ausschlag auf allen Werken zur Kenntnis der Arbeiter gebracht werden. Ferner wurde noch beschlossen, die Beleuchtung an verschiedenen Kreuzungspunkten, auf mehreren Plätzen und in zahlreichen Straßen zu verstärken.

Der Magistrat beabsichtigt in der Frankfurter Allee 140/41 eine Gemeindefachschule zu errichten, und hat zu diesem Zweck, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, dieses 5331 Quadratmeter große Grundstück zum Preise von 271 000 Mark erworben. Schulneubauten werden in der dortigen Gegend zur Zeit in der Samariterstraße, Hausburgstraße, Vitamerstraße und Erdertstraße angeführt, die 144 Klassen Unterkunft gewähren sollen. Auf dem Gelände der Aktiengesellschaft Neu-Wellenue (frühere Vorfrische Fabrik) in Moabit, das aufgeschloffen und bebaut wird, sollen ein Gymnasium und eine Gemeindefachschule errichtet werden. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, dem Erwerb von 9104 Quadratmeter zum Preise von 546 240 Mark zuzustimmen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Deputation für die Armenpflege unter dem Vorsitz des Stadtrats Straßmann, wurde eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Bauprojekts für die vierte städtische Irrenanstalt beauftragt. Die dritte städtische Irrenanstalt wird z. Bt. in Buch an der Stettiner Eisenbahn errichtet. Die Fertigstellung dieser großen Anstalt wird im nächsten Jahre erwartet. Sie wird den Namen: „III. städtische Irrenanstalt Buch „Ost“ erhalten. Die geplante neue Anstalt soll ebenfalls in Buch, westlich der Eisenbahn gebaut werden und zum Unterschiede von Buch „Ost“ die Bezeichnung „Buch „West“ bekommen. Beide Anstalten sollen gleich groß werden, d. h. für mehr Insassen Raum haben, als die beiden älteren Anstalten in Dalldorf und Herzberge, die erst neuerdings durch Neubauten vergrößert worden sind, aber angesichts der Zunahme der Geisteskrankheit nicht mehr genügend Platz gewähren. Die Vorarbeiten für die vierte Irrenanstalt sollen beschleunigt werden. Außerdem beschäftigte sich die Deputation noch mit internen Verhältnissen der älteren Irrenanstalten.

Für Kunstzwecke sind im vergangenen Etatsjahre von der Stadt Berlin 60 142 M. verausgabt worden. Der Fonds für diese Zwecke beträgt 407 437 M. und werden ihm jährlich 100 000 M. zugeführt, wovon dann die Kunstdeputation selbständig zu verfügen hat. Für Volksbibliotheken und Lesehallen wurden 145 637 M. verausgabt, darunter 77 742 M. für Bücher etc. Für das Märkische Provinzial-Museum sind im letzten Etatsjahre 23 263 M. angewiesen worden, für verschiedene gemeinnützige Zwecke 25 257 M. Vereine und Institute erhielten an Beiträgen 276 039 M. Die Kosten der Repräsentation der Stadt beliefen sich auf nur 5583 M. Für kirchliche Zwecke wurden 536 M. verausgabt.

Die Aufstellung der Normaluhr auf dem Lützowplatz, der ersten, welche ohne Kabelverbindung hergestellt werden soll, wird demnächst erfolgen, sobald die Verhandlungen, welche der Magistrat mit dem Direktor der Sternwarte, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Förster wegen der inneren Einrichtung der Uhr führt, zum Abschluß gelangt sein werden. An den Kabelleitungen der älteren sechs Normaluhren, die von der königlichen Sternwarte aus reguliert werden, haben sich bisher zuweilen Störungen ergeben. Was die beschlossene Vermehrung der öffentlichen Uhren anbelangt, so steht die Errichtung einer Anzahl Uhren noch in diesem Jahre bevor. Es werden Kandelaber-Uhren sein, zu dem das Modell bereits fertiggestellt ist.

Aus der Bäckereiwahl. Einen Strafantrag wegen Verleumdung hat der Jannungsvorstand der Berliner Bäckereiwahl „Germania“ gegen die verantwortlichen Redakteure der beiden Bäckereiwahl-Organen, der „Deutschen Bäckereiwahl“ in Hamburg und des „Bäcker“ in Berlin gestellt. Beide Blätter hatten „Entwühlungen“ über angebliche Vorgänge in der Jannung, sowie über die Ursache des Rücktritts des Amtmeisters Pösch von seinen Postern gebracht, in denen sie P. unter Verleumdung der Jannungsvorstände, sowie den Jannungsvorstand eines unkorrekten Verhaltens in dieser Sache beschuldigten.

Das Versprechen des italienischen Generalkonsuls. Der italienische Generalkonsul hatte den Italiener Antonio Sidoli auf Grund eines Attestes des Professors Siler der St. Maria Victoria-Heilanstalt-Berlin zur Aufnahme und Verpflegung überwiehen und sich zur Uebernahme der Kosten für den Fall bereit erklärt, daß diese von der Heimatbehörde nicht zu erlangen seien. Die Ermittlungen haben die Mittellosigkeit des Sidoli ergeben. Die Heilanstalt hat sich wegen Begleichung der Kosten auf Veranlassung des königlichen italienischen Generalkonsulats an das kaiserliche Amt des Deutschen Reiches gewendet, das die Sache dem Polizeipräsidium überwiehen. Die Armenverwaltung hat die Begleichung der Kosten abgelehnt, weil der Generalkonsul sich zur Uebernahme der Kosten bereit erklärt hat und ein Armenpflegegesetz nicht vorläge. Nachdem der Generalkonsul dann die Zahlung mit der Erklärung abgelehnt hatte, daß er in amtlicher Eigenschaft gehandelt habe und eine persönliche Verpflichtung für ihn nicht bestehe usw., beschloß der Magistrat bei der Ablehnung der Erstattung zu bestehen. Der Polizeipräsident hat darauf mitgeteilt, daß Sidoli nach der Heimat zurückbefördert und die Einziehung der entstandenen Kosten auf diplomatischem Wege ergebnislos verlaufen sei. Gleichzeitig trat der Polizeipräsident auf Veranlassung des Ministers des Innern von Hammerstein nochmals an die Armenverwaltung mit der Frage heran, ob nicht unter diesen Umständen die ausnahmsweise Uebernahme der Kosten auf dem Armenfonds erfolgen könne. Die Armen-Verwaltung hat dem Magistrat die Angelegenheit nochmals vorgelegt, der dann vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen hat, aus Billigkeitsrücksichten die Kosten der Heilanstalt aus Armenfonds zu übernehmen, gleichzeitig aber dem Polizeipräsidenten mitzuteilen, daß eine Rechtspflicht zur Kostenübernahme nicht bestehe, weil die Aufnahme und Verpflegung ohne Mitwirkung und ohne Wissen der Armenverwaltung stattgefunden habe. Rummehre wird sich die Stadtverordneten-Versammlung mit der Sache noch beschäftigen.

Der Goldschmiedemeister Herr Paul Dulinski, Jerusalemstr. 69, teilt uns zu der am 5. September gebrachten Nachricht über das Verschwinden eines kostbaren Verleumdungsmittels mit, daß er mit der Heferei-Affaire nicht das geringste zu thun habe; ihm sei der gestohlene Schmuck niemals zum Kauf angeboten worden. Somit sei auch kein Strafverfahren wegen Heferei gegen ihn eingeleitet worden.

Ein sehr gefährlicher Speicherbrand kam am Dienstagabend im Scheunenviertel, Amalienstr. 2 an der Linienstraße zum Ausbruch. Als Brandinspektor Weglich mit mehreren Plagen an der Brandstelle erschien, stand Kopf an Kopf eine große Menschenmenge in der sehr schmalen Straße. Die Polizei war der Menge gegenüber vollständig ohnmächtig. Die Feuerwehr, die sich in der verqualmten Straße nicht bewegen konnte, gelangte überall behindert an der Brandstelle an. Es brannte ein langer, zweistöckiger Produktionspeicher der Firma S. Rosenbaum (Zuhaber E. Pallenstein). Mehr als Versehen, denn aus Absicht richtete ein Rohrführer sein Strahlrohr gegen die drängende Menge. Im Nu ergriff nun der Janhagel unter großem Geschrei die Flucht. Die Polizei sperrte dann die Zugänge der kleinen Straße durch eine Postenfette ab. Jetzt konnte die Wehr ungehindert löschen und es gelang mit drei Schlauchleitungen den Brand, der an den dort aufgeschichteten mit 25 000 M. versicherten Lumpen reiche Rohrung gefunden hatte, innerhalb einer Stunde zu löschen und auf das Erdgeschöß zu beschränken.

Drei Sammellisten für die Agitation unter den proletarischen Frauen sind in einem Portemonnaie Freitag am Circus Busch verloren gegangen. Die Listen tragen die Nummern 00 417, 00 593, 00 595. Der Finder wird gebeten, den Fund bei Frau Kaufke, Postdörferstr. 43 abzugeben.

Die Eingemeindung des Tempelhofer Teiles der Hasenheide in das Rixdorfer Stadtgebiet ist jetzt bis auf Genehmigung des Landtages, an der jedoch nicht zu zweifeln ist, gesichert. Der Vorort Tempelhofer erhält dafür von Rixdorf die sogenannten „Kochenmarken“, ein ungefähr gleich großes Gebiet.



Ein tragisches Mißgeschick ereilte am gestrigen Nachmittag den Gemüthlicher Bernhard Schulz, Hornstr. 21. Auf einer Geschäftstour hatte er seinen 7jährigen Sohn in seinem Wagen mitgenommen. Als er den Wagen zu einer kurzen Rast anhalten wollte, fiel in diesem Augenblick der Knabe vom Wagen herunter und die Räder gingen ihm über beide Schultern und Hüfte. Ein sofort herbeigerufenen Arzt stellte schwere innere Verletzungen fest und ordnete die sofortige Ueberführung des schwer Verletzten Knaben nach dem Krankenhaus am Urban an.

**Vollständige „Wagner-Woche“.** Die Ankündigungen des Wagner-Festkomitees, aus denen hervorgeht, daß man für 2-300 M. Wagner in der Zeit vom 30. September 5. Oktober huldigen darf, hat, da das Volk — das Wort im besten Sinne — von dessen Veranstaltungen durch die hohen Eintrittspreise ausgeschlossen, höchstens nur die Rolle des Zuhörers spielen kann, den Verein zur Förderung der Kunst veranlaßt, fünf Richard Wagner-Abende abzuhalten. Diese werden in allen Stadtteilen Berlins am Ende September bzw. Anfang Oktober stattfinden und in einem historischen Konzert die Entwicklung der Musik bis zu Richard Wagner und außerdem je ein Kirchenkonzert, einen Reiterfinger-Abend, einen Parfissal-Abend und einen Trison-Abend bringen. Ein großer Teil der Karten soll vollständig kostenlos, der übrige gegen einen minimalen Eintrittspreis von 1/2-1 M. abgegeben werden. Die entsprechenden Räumlichkeiten sind bereits von den verschiedenen Stadtverwaltungen dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt und hervorragende Künstler, unter ihnen mehrere in Wahrheit wirkende, gewonnen worden. Nähere Auskunft erteilt das Bureau Brüderstr. 1 (Verlag Bloch) in der Zeit zwischen 4-6 Uhr nachmittags, in Charlottenburg das Konservatorium des Westens, Sadovnyplatz 7. An beiden Orten werden auch Vorbestellungen für die gesamte Wagner-Woche (alle 5 Abende) zu 3 M. auf reservierten Plätzen bis zum 15. September entgegengenommen. Der gesamte Reinertrag der Veranstaltungen fließt dem Wagnerfonds zum Ankauf von Billeten für den unentgeltlichen Besuch einer Parfissal-Vorstellung zu.

Das **Kasino-Theater** in der Voßgrabenstraße 37 ist nun ebenfalls in die Winterzeit eingetreten und hat seine Pforten mit einem Programm eröffnet, das dem Geschmack der Besucher in jeder Hinsicht zu entsprechen scheint. Es ist eine Verleumdung Berlins, wenn gesagt wird, daß kein Theaterpublikum ganz und gar auf Raffinement und sensationelle Abjuriditäten verfallen sei. In den Kunststätten des Westens mag immerhin eine neue Richtung die andre jagen; hier im Norden bleibt man stabil und will etwas fürs Herz und Gemüt haben. So wird dann bei einem Besuch des Kasino-Theaters die alte Zeit wieder lebendig, wo harmlose Leute nach des Tages Last und Mühen ihre wohl abgewogene Portion Moraltaxationen von der Bühne herab dargereicht haben wollten, wo man rechtlich verlangen darf, daß er und sie sich am Schluß des Stückes kriegen und wo ein Drama, das mit einem Mißklang des Liebesbundes schließt, nach Gebühr fittlicher Enttäufung verfallen wäre. In dem Schwan „Ihr Gottlieb“ fällt der Vorhang über eine prachtvolle Verlobung und in der Berliner Posse „Tolle Kadetten“, die zwei Akte lang ist, werden unter der begeisterten Zustimmung des Publikums sogar drei Wundnisse fürs Leben perfekt. So ein alter reichgewordener Vater will mit seinen Töchtern hoch hinaus; aber diese lieben, wie alle jungen Berlinerinnen, die beiseitene Einfachheit und führen ihre gleichgesinnten Prämüßlerinnen in allen Ehren heim, nachdem der Alte durch eine geistvoll ausgedachte Mystifikation ordentlich blamiert worden ist und er beschämt den Hochmutseitel zum Teufel gejagt hat. Eine ansprechende Musik von John K a a y, die besonders mit einem hübschen Aufwuchs brilliert, trägt wesentlich zum Erfolg des Stückes bei. Das Künstlerpersonal ist durchweg das alte geblieben; das Spiel der Herren Berg und Wendt sowie der Damen Ernst und Hinger kann sich in Ehren sehen lassen. In dem eingelegten Spezialitätenteil zeichnen sich die Instrumentalkünstlerinnen Vincenza sowie die Excentrics Barret aus; ebenso findet der Komiker Wepler reichen Beifall.

### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Donnerstag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saal des Volkshauses der erste volkstümliche Kunstabend statt. Dr. Albert hält einen Vortrag über „Die Kunst im Volke“ (Kunst und Proletariat). Die daran sich anschließenden künstlerischen Vorträge (Pianoforte, Violine, Gesang und Recitation) werden von namhaften Künstlern ausgeführt. Der Eintrittspreis einschließlich Programm und Garderobe beträgt 50 Pf.

Die **Verfassung des Bezirksfällsers, Bauers Otto Seiler** aus Rathenow, der sich auf Grund eines ihm von einem Verwandten ausgefertigten ärztlichen Attestes in einer Privat-Heilanstalt befand, aber dabei Gelegenheit fand, sich in Berlin nach Herzgenüß zu vergnügen, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft angeordnet worden. Offenlich sagt man ihn.

Die **Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung** hatte sich in der ersten Sitzung nach den Ferien gleich wieder mit dem Krankenhausbau zu befassen, dessen langames Fortschreiten vom Stadtverordneten Richter bemängelt wurde. Es handelt sich diesmal um die Preisausschreiben der Hochbau-Deputation für eine Heizungsanlage im Krankenhaus. Da der Kostenschlag für das Verwaltungsgebäude und die darin vorgesehene Heizungsanlage von den Körperschaften bereits bewilligt ist, wurde der Vergabe der einzelnen Gebäude und Pavillons nach den Vorschlägen zugestimmt. Zwei Firmen sollen Preise von 1200 bzw. 800 M. überweisen und ein Entwurf von der Firma Kelling für den Preis von 600 M. angekauft werden. Mit dem Bau der Anlage selbst geht es nur sehr langsam von statten und daher wird die Kalamität in der Unterbringung unserer Ortskranken leider noch lange anhalten. Sodann rief der Antrag der Arbeitnehmer-Beisitzer des hiesigen Gewerbegerichts um Entsendung zweier Delegierter zum Verbandstage deutscher Gewerbevereine in Dresden eine lebhafteste Debatte hervor. Den abweichenden Standpunkt des Magistrats begründete Stadtrat Hehl, Vorsitzender des Gewerbegerichts, in einer Weise, die bei der großen Mehrheit der Versammlung glücklicherweise kein Verhängnis fand. Nach der Logik des Magistratsvertreters müßten, so äußerte sich Stadtr. Dr. v. Gordon, kein Städtetag und andere ähnliche Veranstaltungen beschickt werden, da der größte Teil des Gehörten nicht richtig verstanden werden könne. Stadtr. Käter (Soc.) wies darauf hin, daß es sich für die Teilnehmer in erster Reihe um die wirkliche Gefesgesamtheit auf diesem Gebiete und um den Austausch von Erfahrungen handle, deren die Weisheit zur Objektivität ihrer Rechtsprechung bedürfe. Schöneberg könne doch unmöglich hinter den Beschäftigten der großen Nachbarorte zurückbleiben. Mit dem Antrage Käter um Entsendung auch eines Vorsitzenden wurde dann der Petition mit großer Mehrheit stattgegeben. — Mit der Mandatsniederlegung des Stadtverordneten Maurerbrecher erklärte sich die Versammlung, wie vorauszusehen, einverstanden. Sodann wird für diesen (10.) Bezirk in nächster Zeit eine Neuwahl statzufinden haben. — Bei der vorangegangenen Sitzung erfolgte die Auflösung von vier Stadtverordneten wurden neben unserm Genossen Dbst die Stadtverordneten Jaster und v. Glafenapp (II. Abteilung) und Kaufmann (I. Abteilung) ausgelost.

Der **Schmargendorfer Gemeindevertretung** lag in ihrer Sitzung am 7. d. M. eine Petition des socialdemokratischen Wahlvereins betreffend die Landtagswahlen vor. In dieser wurde die Gemeindevertretung ersucht, an den Gemeindevorsteher das Ersuchen zu richten, den Zeitpunkt des Beginnes der Wahlmänner-Wahlen auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen, sowie die Urwähler- und Abteilungslisten außer in den gewöhnlichen Dienststunden auch in den späten Nachmittagsstunden anzulegen und ferner die Urwahl-Bezirksinteilung, baldmöglichst vornehmen und zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Der Gemeindevorsteher erklärt, vollständig für Erfüllung der Wünsche zu sein, wenn das Gesetz die Erfüllung derselben, vornehmlich hinsichtlich des Beginns der Wahlzeit, zuläßt. Herr Jung befragt die Petition und spricht sich für die zulässige

Festsetzung der Wahlzeit auf 5 Uhr nachmittags aus. Die Petition wird dem Gemeindevorsteher zur Berücksichtigung überwiesen. Da nach dem Wahlreglement den Gemeinde-Verwaltungsbehörden die Festsetzung des Beginns der Wahlen überlassen ist, die Festsetzung aber „zu einer für die Wahlbeteiligung günstigen Stunde“ zu erfolgen hat, so steht unsern Wünschen kein gesetzlicher Grund entgegen, diese sind dem Gesetz völlig angepaßt. Es ist nach den Erklärungen des Gemeindevorstehers anzunehmen, daß diese Wahl unserem Antrage entsprechend angepaßt wird. — Bei den Neuwahlen zur Steuererschätzungs-Kommission wurde auch Genosse Brille gewählt. Es ist das hier der erste Fall, daß ein Parteigenosse zur kommunalen Arbeit herangezogen wird. — Der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung wurde mit zahlreichen Änderungsanträgen des Herrn Jung einer Kommission zur Vorberatung überwiesen. Von dem Anerbieten des elektrischen Werkes vom Teltower Kanal, auf Verabfolgung elektrischer Kraft, wurde Abstand genommen, da zur Zeit kein Bedürfnis vorhanden ist. Der Schöffe Professor Bohm kritisierte aus Anlaß eines kürzlich ausgebrochenen Brandes die mangelhafte Organisation des polizeilichen Sicherheitsdienstes. Die Feuerwehr habe ohne Absperrung der Straße arbeiten müssen. Hierdurch seien neugierige Kinder gefährdet gewesen. Es sei beunruhigend, wenn bei Gefahr von den drei Polizeibeamten nicht einer im Ort anwesend sei. Der Amtsvorsteher befreit, daß bei den vorhandenen Kräften eine andre Organisation des Sicherheitsdienstes und eine ständige Wache möglich sei. Die Verantwortung treffe diejenigen, welche die Vernehrung der Polizei abgelehnt haben. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, Maßregeln vorzuschlagen, um in Rottfälen für ausreichende polizeiliche Sicherheit eingerichtet zu sein.

### Gerichts-Zeitung.

Eine **üble Gesploßigkeit beim Verzapsen des Bieres** hatte dem Bäcker Paul Schneider eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz zugezogen. Die Anzeige war von einem entlassenen Hausdiener erhalten worden, der sich weniger an dem Angeklagten als an dem Gastwirt B., hatte rächen wollen. Das Schöffengericht hatte dem Belastungszeugen Glauben geschenkt und den Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem war erkannt worden, daß das Urteil durch eine hiesige vielgelesene Zeitung veröffentlicht werden sollte. Besonders durch diese letztere harte Maßregel fühlte sich der Angeklagte so hart betroffen, daß er die Berufungsinanz in Anspruch nahm. Im gestrigen Termine wiederholte der entlassene Hausdiener seine frühere Aussage. In dem Schankbetriebe, in welchem der Angeklagte beschäftigt war, herrschte der Gebrauch, daß das Bier direkt aus dem Faß verschüttet wurde, welches auf den Schanztisch aufgelegt wurde. Der Angeklagte habe stets die ersten Gläser in eine unter dem Faße stehende Schüssel laufen lassen und ebenso das letzte aus dem Faße, weil dieses häufig Beschädigten enthielt. Ferner floß das beim unvorsichtigen Einschänken überfließende Bier in dieselbe Schüssel. Diese Mischung hat nach Angabe des Zeugen in der Weise Verwendung gefunden, daß der Angeklagte einen Teil davon in die Gläser goß und diese dann mit frischem Bier auffüllte. Das Schöffengericht hielt dies Verfahren für durchaus unzulässig, zumal angenommen werden müsse, daß das beim Einschänken überfließende Bier mit der Hand des Angeklagten in Berührung kommen würde. Diese Annahme wurde von dem Angeklagten entschieden bestritten, konnte vor der Berufungsinanz auch nicht aufrecht erhalten werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer, suchte den Nachweis zu liefern, daß das geschilberte Verfahren etwas Unappetitliches nicht an sich habe, früher, bevor die Vierapparate eingeführt waren, auch in allen Schankbetrieben angewendet wurde. Jedenfalls sei die vom Vorderrichter erlassene Strafe zu hoch und er bitte um Herabsetzung derselben. Der Gerichtshof konnte das Verfahren des Angeklagten keineswegs billigen, ermäßigte das Strafmaß aber auf 20 M. und nahm von der Veröffentlichung des Urteils Abstand.

Die **Angel gehört nicht zu den ständigen Fischereigerichtshöfen.** Im diese Frage drehte sich eine Verhandlung, welche gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II stattfand. Für die Zeit vom 10. April bis zum 9. Juni besteht eine beschränkte Schonzeit für Fische, d. h. es darf nur vom Montag früh 6 Uhr bis Donnerstag früh 6 Uhr gefischt werden. Gegen diese Verordnung sollte der Kapellmeister Karl Böhl aus Rummelsburg insofern verstoßen haben, als er am Donnerstag, den 4. Juni, abends gegen 7 Uhr, auf dem Rummelsburger See geangelt haben sollte. Er hatte dafür ein polizeiliches Stasmandat erhalten, gegen welches er Einspruch erhob. Vor Gericht bestritt er, geangelt zu haben. Er sei mit einem Boote über den See gefahren, was erlaubt sei. Er habe allerdings eine Angel mitgeführt und zeitweilig ausgeworfen, es sei aber eine ganz neue Angel gewesen, die zum Gebrauch noch nicht vorbereitet war. Er habe weder ein Fisel noch einen Köder daran gehabt und die Angel nur ausgeworfen, um zu sehen, wie dieselbe falle. Diese Angabe wurde auch durch andre Zeugen bestätigt. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt die Bestätigung des Stasmandates, weil die Angel zu den ständigen Fischereigerichtshöfen gehöre. Der Gerichtshof war entgegengesetzter Ansicht und sprach den Angeklagten frei. Der Angeklagte könne nicht bestraft werden, weil der § 2 der Oberpräsidialverordnung vom 13. März 1880 besagt, daß die ständigen Fischereigerichtshöfen während der Schonzeit aus dem Wasser entfernt werden müssen, daß aber die Angel nicht zu den ständigen Fischereigerichtshöfen gehöre.

Das **merkwürdige Liebesverhältnis**, welches sich zwischen einer gebildeten Dame, der bereits in reiferen Jahren befindlichen Buchhalterin Gertraud von Lüthmann, und dem Hausdiener Gausche entwickelt hatte, sollte gestern vor der dritten Ferien-Strasammer des Landgerichts I zur Erörterung gelangen. Fräulein von Lüthmann wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen Verdrehung ihres früheren Geliebten mittels eines Revolvers zu verantworten. Die Geschichte erregte damals Aufsehen. Gausche war des Verhältnisses überdrüssig geworden, die Angeklagte hatte ihn gestiftet und ihn an sein angeblich erteiltes Heiratsversprechen gemahnt. Gausche soll sich in verheerender Art schroff und ablehnend verhalten und die Angeklagte darauf auf ihn geschossen haben, ohne zu treffen. Medizinalrat Dr. Wittenzweig hatte begutachtet, daß die hysterische Angeklagte, wenn auch nicht geisteskrank, so doch geistig minderwertig sei. Mit diesem Votum war die Angeklagte nicht einverstanden. Sie behauptete, im Vollbesitz ihrer Geisteskräfte zu sein, ihre Familie strebe nur danach, ihre Unzurechnungsfähigkeit beweisen zu können. Sie habe sich deshalb auf den Professor Dr. Klemperer, der sie seit ihrer Kindheit kenne, berufen. Da der Professor sich noch im Urlaub befindet, mußte die Sache vertagt werden.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 40. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bürgerliche Agonien. — Ein Nachwort zur Vizepräsidentenfrage und Verwandtem. Von A. Debel. — Zum Parteitag. Von A. Kaustly. — Der internationale Socialistenkongreß in Amsterdam und das Frauenwahlrecht. Von Theresie Schlegel-Erdlein. — Urtarliche Rundschau: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Von Rempphold. Baurat G. Hardegg, Gemeinde-Inspektor, Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „**Neue Zeit**“ unter Nr. 1575 eingetragen, jedoch kam dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „**Dokumenten des Socialismus**“, herausgegeben von Ed. Bernstein, (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 9. Heft des III. Bandes erschienen.

Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: A. Müllerand über den französischen Reformsocialismus. — Lassalles Eingaben an den Polizeipräsidenten v. Hindenburg und den Prinzen von Preußen. 1855 und 1858. — Das Programm der socialdemokratischen Partei Ungarns. — Ein Wahlmanifest Proudhons aus dem Jahre 1848. (Schluß.)

Die „**Dokumente des Socialismus**“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten sind die „**Dokumente**“ unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 19 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Aufgabe des Parteitag zu Dresden. — Preisrichter für die Verklärung der Arbeiterzeit. — Frauen in kommunalen Aemtern. Von m. — Aus der Bewegung. — Heulstein: Ruma, das Händchen des Laubstummens. Erzählung von A. S. Turgenjev. Aus dem Russischen überfetzt von L. A. Dausch. (Fortsetzung.) — Rotigenteil: Der Kampf der Legalarbeiter in Grunimtschan. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „**Mahrer Jacob**“ hat soeben die 19. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen. Derselbe ist dem Parteitag in Dresden gedankt, der durch ein schmerzvolles Zeitgedicht aus Clara Müllers Feder begrüßt wird. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

v. **Goendbrock**, „Deutschland“, Monatschr. f. d. geamte Kultur. Nr. 12. September 1903. Berl. C. A. Schmetschke u. Sohn, Berlin.

### Vermischtes.

In dem **schwarzburg-sondershausenschen Dorfe Bennewitz** bei Wehren brach gestern nachmittags Feuer aus, das bei dem herrschenden Sturm so schnell um sich griff, daß im Verlaufe einer Stunde dreißig Wohnhäuser in Flammen standen. Bei den Löscharbeiten fehlte es an Wasser. Bis 8 Uhr abends, wo das Feuer auf seinen Herd beschränkt war, waren 44 Wohnhäuser und ebenso viele Nebengebäude völlig niedergebrannt. Menschen sind nicht ums Leben gekommen. Etwa 60 Familien sind obdachlos geworden.

**Unfälle bei der Mandöverflotte.** Das zweite Geschwader, bestehend aus den Banzern „Baden“, „Württemberg“, „Westwulf“, „Heimdal“, ist auf seinem Marsch von Rorwegen nach Kiel Montag früh abends angelangt. Die der „Tägl. Rundschau“ berichtet wird, landete es in Rughaven zwei durch Sturzsee schwer verletzte Matrosen; zwei andre Matrosen sind Sonnabendabend 7 Uhr bei Stabanger von einer Sturzsee über Bord gestürzt worden und ertrunken. Sie heißen Sartori und Rant. Das erste Geschwader mit den übrigen Schiffen der Mandöverflotte ist in der Nacht auf Sonntag vor der Kieler Förde angekommen und am Sonntag in den Kieler Hafen eingelaufen.

### Briefkasten der Redaktion.

**Ein Genosse.** Sie hätten ruhig Ihren Namen verraten können. Der Verfasser heißt: Herr. — G. S. 25. Über, aber, Rein.

**G. S.** Wenden Sie sich an die Redaktion, Schlesh.-Holl. Volkstg., Ael. Bergstr. 11. — G. S. 1. Nicht gestattet. 2. So, trotzdem sollten Sie einen Arzt einschicken lassen. — **Blücherstraße G. S.** Frauenverein. Frau Ida Salomonson, Vorsitzende; Charlottenburg, Hardenbergstr. 18.

**C. D., Kurzstraße.** 1. Er ist Galt, nicht Mitglied. 2. Bezieht sich auf die heilunglose „Wohlfahrt“. Das betreffende Beiwort ist heute veraltet und sinnlos. — **A. S. 33.** Erkundigen Sie sich im Großelternheim, Am Urban 22/23. — **B. R.** Harem bedeutet „Unzugängliches“, Frauenzoo; Haremim im Gegensatz zum Harem, der Uebeltung der Nimmerräume im Hause. — **W. 000.** Chemische Reinigung. Ein Spindelreißes Geschäft.

### Juristischer Teel.

Die **juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

— **M. Samion.** Der § 8 ist wörtlich anzulegen: nur wer 6 Monate lang in der Gemeinde wohnt, ist wahlberechtigt. Ist er verlegen, so steht ihm das Wahlrecht nicht zu. — **W. G. Rein.** — **G. S. 51.** Das hängt von der Art der Schulden und den besonderen Umständen ab. — **B. W. 34.** Können Sie um unentgeltliche Desinjektion beim Bezirksvorsteher ein. Kernenunterstützung ist die Gewährung unentgeltlicher Desinjektion nicht. — **A. S.** Rechtlich erzwingbare Verpflichtungen haben Sie nicht. — **G.** Die Unfallrente geht durch Heirat keineswegs verloren. — **G. S.** Wird die Adoption gerichtlich genehmigt, so geht die Erziehung den Großeltern und früheren Vormund nichts an. Ob der Großvater zur Zeit in die Religionsfrage hineingezogen hat, hängt davon ab, ob das Kind ehelich und welcher Religion sein Vater und seine Mutter angehören. — **M. 12.** Rein.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. September 1903.** Ein wenig wärmer, vielfach wolfig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

<b>Socialdemokrat. Wahlverein des 4. Berl. Reichstagswahlkreises (Osten).</b> <b>Todes-Anzeige.</b> Am Montag, den 7. d. M., verstarb nach langen, schweren Leiden unser Genosse, der Gastwirt <b>Albert Lorenz.</b> Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Andreas-Kirchhofes im Wilhelmsherg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten 244/2 Der Vorstand.	<b>Todes-Anzeige.</b> Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß mein lieber <b>Eduard Neumann</b> am 6. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. M., um 3 Uhr vom Rummelsburger Krankenhaus aus statt. Die trauernde Witwe und Kinder.
<b>Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.</b> Am 7. September verstarb unser Vereinskollege <b>Albert Lorenz</b> nach längerem Leiden. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. September, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Markus-Kirchhofes im Wilhelmsherg-Dober-Eden-Heuhaus aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. 69/7 A. H.: Emil Berlin.	<b>Socialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Rummelsburg.</b> <b>Todes-Anzeige.</b> Am Sonntag, den 6. Septbr., nachmittags 3 Uhr, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schankmanermeister <b>Eduard Neumann</b> (Schillerstr. 4) im 37. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Mittwoch nachmittags 5 Uhr, von der Halle des hiesigen Krankenhauses aus statt. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.
<b>Danksagung.</b> Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Krampfspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Instrumentenmachers <b>Franz Hartung</b> , folgen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firmen G. Klingmann u. Co. und Albert Galt u. Co. unsern herzlichsten Dank. 14686 <b>A. Hartung</b> nebst Kindern.	<b>Todes-Anzeige.</b> Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser <b>Lotchen</b> im Alter von 3 Jahren 9 Monaten an Ueberhärmung plötzlich gestorben ist. 14726 Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle im Friedrichsherg aus statt. Die trauernden Eltern <b>Anna und Friedrich John.</b>
<b>Zahn-Klinik.</b> <b>Olga Jacobson,</b> strasse 145.	<b>Danksagung.</b> Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichlichen Krampfspenden bei dem Begräbnis meines geliebten Vaters folgen wir allen Bekannten und Kollegen sowie dem Socialdem. Wahlverein Righorj unsern tiefgefühlten Dank. <b>Wwe. Klingbeil</b> nebst Kindern. 25778







Verfassungen.

Die Agitationskommission des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter hatte zu Montag in den „Andreas-Festhallen“ eine öffentliche Versammlung aller in der Pianoforte-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen...

bei den Kostenträgern verhindert worden. Gegenwärtig stehen die Arbeiter bei der Firma Kieber, die sich im Besonderen durch Lohnrückstände auszeichnet, im Auslande. Es wurden dort Löhne von 15, 18 bis 21 M. gezahlt.

In Hermsdorf, wo vor wenigen Wochen ein bereits 40 Mitglieder zählender Wahlverein begründet wurde, fand Sonntagmorgen trotz der tropischen Hitze eine äußerst stark besuchte Volksversammlung statt.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Schlächtergesellen. Heute Abend 9 Uhr findet in Feuersteins Festhallen, Alte Salost. 75, eine öffentliche Versammlung statt.

Marktpreise von Berlin am 7. September 1903 nach Ermittlungen des kgl. Volkswirtschaftsministeriums. Table with columns for commodity names and prices.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Donnerstag, den 10. September 1903, abends 8 Uhr: Branchen-Versammlung der Mechaniker im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Socialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Mittwoch, 9. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. G. Thiel, Bergstraße 151-152: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Berichterstattung von der Kreis-General-Versammlung...

Orts-Frankenkasse der Bergolder und Berufsge nossen.

Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5), Engel-Ufer Nr. 15: Ausserordentliche General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Germania-Prachtsäle.

Mittwoch, 9. September: Hamburger Sänger (Steidl, Belf.) Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Bonn haben Gültigkeit.

Vorwärts-Buchhandlung.

SW., Lindenstrasse 69.

Für Radfahrer!

Radfahrerpläne von Berlin mit Angabe der Art des Strassenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.

Möbel.

Spiegel u. Polsterwaren reell, zu soliden Preisen, empfiehlt H. Strelow, Tischlermeister, Richardstrasse 116, am Denkm.

Advertisement for Bial & Freund in Breslau II. Gegen Monatsraten von 2 Mk. an liefern wir Musikwerke, Accordeons, Phonographen, Zithern.

Advertisement for Julius Lindenbaum. Einsegnungs-Anzüge in den neuesten façons in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot.

Advertisement for Restverkauf einer Gelegenheitspartie mit Perser Teppiche. Gebet- u. Dekorationsstücke, getreu Kopien echter Perser.

Advertisement for „Volkswille“ Beste deutsche 2 Pf.-Cigarette. Cigarettenfabrik „Alexandria“ Dresden. Vertreter: Hugo Sprödowsky, Berlin N., Brunnenstr. 159.

Advertisement for Schützenhaus in Köpenick. Am 16. September wird in Köpenick an Gerichtsstelle 10 Uhr vormittags das „Schützenhaus“ managementsweise versteigert.

Advertisement for Credit. Monatlich 10 Mark. Heller Anzüge, Paletots nach Maß.

Advertisement for Steppdecken. kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik.

Advertisement for Grosses Lager in Brillant-, Opal-, Türkis-, Simili-, Korallen- und Granat-Schmucks. Goldene Ketten n. Gewicht u. billigster Fagonberechnung.

Advertisement for H. Zimmermann. Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206. Gold- u. Silberwaren-Fabrik.

Advertisement for Uhren-Grosshandlung. Glashütter-Uhren. Grösstes Lager in goldenen und silbernen Uhren.

Advertisement for Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor.



# Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

## 1. Ziehung 3. Klasse 209. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 8. September 1909, vormittags.  
Aus der Gewinne über 144 Stk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

99 112 401 (1000) 88 539 84 603 13 47 96 887 943  
1032 122 259 542 62 630 93 788 99 825 70 2170 (300)  
201 69 70 488 89 545 916 3057 143 344 847 731 43 (300)  
948 (300) 4091 755 873 85 922 49 5025 (300) 102 39  
56 62 (300) 83 89 205 50 51 303 548 82 740 851 (300)  
990 6944 82 172 205 92 (300) 93 531 72 083 747 (300)  
814 15 (300) 89 7135 61 98 214 567 767 927 92 8100  
41 (300) 87 549 61 654 96 831 912 9010 (300) 62 239  
69 (300) 325 415 27 94 633 849

10094 206 7 (300) 32 583 96 659 742 79 08 11015  
76 132 339 73 463 91 (1000) 664 96 12014 157 471  
13043 136 213 19 345 624 876 984 96 14251 78 394 (300)  
649 (300) 82 80 15027 30 167 282 370 427 64 583  
876 16249 561 706 17107 499 608 70 (300) 709 928  
18465 300 633 19290 373 419 608 17 29 76 97 703  
966 59

20015 131 380 670 725 900 5 35 21303 (300)  
223 488 501 21 068 713 17 62 824 55 967 22000 10 86  
117 55 208 467 71 267 637 51 70 803 7 23013 101 55  
385 403 524 31 649 700 (300) 78 85 988 24040 55  
243 458 522 25032 97 141 (1000) 83 474 085 704 70 826  
56 26116 273 482 37000 633 42 66 750 85 801 (400)  
928 50 75 27094 628 816 84 28032 147 06 202 48 (400)  
402 45 67 63 576 702 23 29072 429 358 614 774 971

30142 46 08 576 702 23 29072 429 358 614 774 971  
316 40 519 42 623 701 75 991 (300) 32095 98 168 420  
928 57 72 44 927 33493 403 37 50 777 572 80 920 37  
34180 255 61 40 672 (400) 844 926 35169 476 652  
771 883 954 36074 75 248 303 433 67 65 503 37 990  
21 (300) 91 510 792 894 38102 91 212 25 91 278 508  
76 718 845 (300) 944 99016 195 429 92 51 728 914  
40105 274 93 (400) 414 742 861 943 48 41065  
225 383 452 79 652 55 730 324 42217 27 464 524 647  
719 907 7 (300) 43097 115 491 95 811 15 09 704 37  
891 44099 157 283 302 23 50 470 582 655 65 751 819  
(300) 45099 182 296 332 (300) 87 486 605 84 733  
46319 403 93 532 56 835 98 47114 26 70 90 229 53  
14091 405 68 548 702 12 92 866 73 902 48066 105 (300)  
279 80 341 455 833 40 51 65 621 78 92 (400) 96 714 40  
857 954 49132 316 66 427 654 788

50404 122 58 75 82 85 296 89 383 446 (400) 50 94  
824 46 63 78 636 81 51154 209 642 801 14 599 52261  
209 85 507 36 (300) 83 730 92 929 53161 389 (300) 419  
639 896 54195 218 66 84 99 380 93 447 343 630 720  
618 55196 305 21 490 293 636 709 86 885 50262 37  
210 32 383 86 (300) 610 721 834 54 966 57019 225 31  
96 304 34 54 (300) 67 443 510 13 54 (300) 734 835 61  
61 999 58110 34 277 389 (300) 541 572 94 645 701 804  
72 953 59981 129 207 75 332 50 409 43 615 74 901 70  
60722 153 679 93 (300) 725 26 40 57 814 850 (300)  
61135 36 314 36 545 47 784 913 62661 71 95 151 261  
335 643 640 704 (400) 43 891 904 75 (300) 94 63231  
1500 45 (300) 48 368 93 470 553 57 67 667 68 738 874  
64023 223 572 758 875 968 65197 575 610 759 839 946  
66181 270 388 94 461 503 602 67 671 624 97 (300)  
502 21 763 84 511 49 994 68059 84 91 190 286 981 37  
796 829 948 (400) 69017 22 187 313 31 90 94 513 600  
718 (300) 73

70150 411 619 551 56 97 945 71435 581 84 (300)  
732 340 927 59 72061 65 (300) 66 291 300 498 504  
608 11 (300) 19 (300) 68 703 32 814 948 51 73016 352  
368 74 429 61 608 841 78 74566 623 72 857 (300) 65  
71 (300) 75026 116 68 318 83 425 58 72 589 648  
76073 (3000) 96 (300) 413 82 95 823 95 8622 77170  
211 37 469 541 92 77 862 664 37 89 78111 17 287 522  
32 50 690 62 728 70 (300) 79093 243 369 423 501  
70 79 691

80113 56 206 330 92 470 501 60 94 705 64 66 95 800  
98 948 55 81091 (5000) 318 407 563 82 723 64 71  
71 (300) 999 82130 (300) 29 79 263 300 577 820  
70 99 83051 283 432 93 503 676 884 84110 232 92  
854 919 29 67 85151 219 337 85 497 516 611 43 706  
93 86055 102 24 240 430 772 499 966 87026 51  
61 235 46 81 477 694 842 73 941 52 (400) 85 88016  
165 838 617 717 801 939 (300) 69 82 89012 176 321  
(300) 520 29 34 729 44 839 87 999

90078 272 75 389 499 72 510 601 723 33 030  
91300 (300) 100 97 405 (300) 788 92044 48 325 34  
473 531 630 766 800 39 93099 90 188 312 588 823 27  
94009 125 274 358 502 62 89 854 977 95250 92 016  
95055 55 711 17 818 96080 218 408 524 96 636 759  
97036 65 121 71 258 428 37 641 711 836 935 99069  
47 424 87 523 (300) 681 735 817 74 73 038 68 99 9028  
189 430 703 38 67

100296 79 541 87 92 648 705 42 815 84 912 101084  
300 27 475 541 1024 8 57 94 150 318 50 60 512 50  
63 612 28 67 103065 147 351 72 415 833 74 824 900  
104311 12 (300) 427 47 97 885 025 (400) 25 61 707  
105106 23 440 836 975 80 106088 88 121 56 62 206  
307 42 78 496 (300) 825 601 57 85 982 84 107217  
60 469 946 78 108110 305 62 86 438 964 75 109061  
98 (300) 216 77 548 722 86 904

110373 475 893 898 111147 73 311 (300) 413  
13001 56 877 962 80 112655 99 121 30 53 216 39 387  
405 69 683 949 94 113016 319 49 80 478 981 114013  
448 884 735 85 911 86 115004 125 226 523 95 903 34  
116016 (300) 17 239 99 346 (200) 406 792 117246  
454 731 (300) 50 812 118303 428 31 587 706 78 849  
918 119151 77 99 201 498 509 22 54 55 68 933 53  
120355 670 734 60 838 121099 124 377 500 631  
811 122001 59 227 475 630 54 55 773 999 123151  
87 89 271 84 310 60 997 124093 23 57 135 245 308  
548 054 58 771 921 125119 73 251 366 92 438 51  
677 789 99 126038 200 (100000) 324 419 90 550  
87 604 761 90 961 127025 253 61 62 382 690 859 913  
28 98 (300) 128232 43 70 807 903 129106 37 327  
046 796 (300) 892 47 914 (300) 94

130005 117 50 271 303 10 450 73 88 320 73 610 786  
901 10 131022 54 61 68 224 65 352 70 97 505 6 59 65  
73 844 62 933 54 132170 (300) 249 350 441 527 699 65  
837 86 123184 (300) 705 846 (300) 62 921 74 134105  
8 15 97 212 55 (400) 428 827 92 615 33 711 85 878  
135008 671 741 67 839 84 136960 231 326 75 91 (300)  
429 588 683 761 849 994 (300) 137005 37 78 246 614  
830 48 90 951 (400) 138049 176 615 41 923 57 139053  
123 289 324 433 70 701 8

140010 141 409 535 844 141015 162 911 30 46  
142077 (400) 79 91 117 33 359 522 628 714 (300)  
143362 498 42 75 91 927 32 81 144093 278 94 322 59  
443 523 48 (400) 831 145102 230 530 51 61 651 802 14  
90 924 (300) 146206 592 85 634 863 147149 256 85  
14091 383 481 510 649 869 148045 123 632 857 975  
149102 138 200 99 384 (300) 88 705 823 61

150113 209 90 635 94 97 412 66 523 755 840 98  
151087 417 46 357 619 918 91 81 152026 208 370  
324 73 648 707 43 85 867 153154 97 363 476 521  
358 838 90 964 154127 (300) 37 82 91 503 155192  
359 66 (400) 421 32 892 948 156305 687 (300) 82  
87 707 88 808 157046 97 216 82 454 609 729 922 (300)  
158618 75 147 213 37 367 443 454 569 635 78 723 59  
159144 76 (300) 545 91 (300) 772 84 97 844 58 909

160121 81 343 56 83 618 28 947 60 161010  
160 226 74 498 (300) 29 73 681 727 829 58 57 914  
162027 35 162 237 79 80 447 54 636 46 54 753  
163202 434 831 925 31 78 164922 126 229 49 97  
340 580 906 95 165147 227 86 414 94 968 166133  
51 335 505 647 167274 444 532 854 168187 (300)  
276 359 60 462 823 693 709 815 98 923 169085 276  
556 75 87 90 628 773 859

170213 (400) 86 339 68 (400) 171023 221 449  
64 594 96 628 172296 445 601 717 (300) 812 173108  
160 764 174031 (1000) 63 140 585 (300) 636 50 782  
819 175374 438 526 51 697 809 176107 253 301  
49 51 410 528 51 711 872 912 24 78 177009 24 268  
682 68 802 178101 27 72 288 319 30 401 558 659  
179185 225 632

180018 65 382 88 420 51 527 31 94 791 857 920  
27 181335 (300) 91 445 598 601 61 745 69 85 (400)  
90 638 182098 126 27 216 58 307 (300) 636 50 782  
40 638 535 961 183039 126 308 316 92 484 616 79 862  
184095 84 463 82 43 120 000 (400) 613 29 33 5001  
723 814 185318 74 578 836 590 73 79 186444 725  
53 874 935 187028 65 75 (400) 99 600 313 566 632  
93 701 973 188074 141 267 91 407 87 625 26 816 904  
27 189221 380 86 572 675 793 891 946

190085 306 234 324 572 80 767 809 918 54 97  
191092 81 484 90 611 32 55 192092 146 278 322  
506 602 59 61 (400) 193218 334 97 603 817 71 911  
194263 352 490 618 64 (300) 710 944 195001 1 (300)  
399 21 34 598 780 833 57 68 968 196138 35 305 400  
530 61 722 67 819 34 70 902 41 56 197243 346 645  
54 744 198057 56 181 409 553 688 91 92 770 199297  
334 68 97 70 (300) 39 999

200045 111 61 84 248 63 441 82 534 890 904  
201493 698 850 202400 523 63 634 839 203108  
301 400 582 660 732 67 (300) 850 76 974 204021 44  
58 97 238 262 509 69 649 205127 36 84 647 815 (400)  
906 206001 108 57 576 816 47 75 952 207002 613  
718 (300) 75 889 208161 302 71 78 558 627 830 89  
963 209136 317 (1000) 25 (300) 65 70 442 96 (400)  
706 80 903 90 972 79

210099 15 24 89 189 (300) 256 306 7 20 444 824  
32 66 21001 29 57 (300) 115 206 13 (300) 348 507  
631 714 21090 212900 787 909 213244 360 94 (300)  
678 (300) 594 709 914 (300) 214134 451 94 527 82  
59 840 84 215111 66 279 640 70 24 75 842 46 63 940  
1400 50 (400) 56 216194 101 11 73 604 37 96 818  
70 951 (400) 217061 103 13 89 290 305 38 (300) 43  
587 775 890 218324 54 95 615 826 900 1 10 20 29 75  
219299 383 406 71 83 324 61 602 706 84 85 963 56  
220011 248 305 10 301 84 602 706 84 85 963 56  
221106 338 67 603 10 710 929 222229 68 70 141  
86 278 399 429 800 223033 86 104 296 430 78 91 656  
701 805 56

Im Verzeichnis verflochten: 1 Gewinn zu 50000 Mark,  
1 zu 40000 Stk., 1 zu 15000 Stk., 2 zu 9000 Stk., 3 zu 5000  
Stk., 4 zu 3000 Stk., 14 zu 1000 Stk., 42 zu 500 Stk., 73 zu  
100 Stk., 709 zu 300 Stk.

## 1. Ziehung 3. Klasse 209. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 8. September 1909, nachmittags.  
Aus der Gewinne über 144 Stk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

250 60 376 543 98 622 703 31 (1000) 833 048 69  
1089 104 9 215 16 98 457 734 910 2039 174 261 509  
67 87 855 (300) 3692 202 640 770 913 44 4192 229  
97 356 541 713 14 49 951 98 5311 469 576 739 997  
6113 278 459 78 99 519 21 46 71 610 709 7141 346 823  
622 37 704 6091 91 578 635 714 18 974 9006 188 215  
83 (300) 78 413 24 74 511 13 24 617 72 (400) 734 826  
43 51 73

10137 95 243 407 78 610 763 97 870 030 11120  
321 24 548 85 691 927 72 12074 172 737 99 894 998  
(300) 13044 205 67 422 79 748 80 81 99 970 14118  
431 43 76 503 24 760 (300) 888 905 15188 291 306  
18 42 43 45 403 608 835 74 930 16231 51 59 87 92  
318 478 86 90 551 730 (300) 92 17076 112 20 230 323  
35 404 55 860 904 25 18105 29 40 220 313 (300) 16  
65 680 711 19077 117 (5000) 82 243 44 55 311 432  
(300) 74 613 813

20142 339 45 402 46 628 778 872 976 21010 116  
83 414 538 632 918 22042 277 692 900 23029 271  
13001 431 53 65 916 18 44 24084 354 59 69 400 49  
533 809 76 930 34 25099 165 79 362 644 538 908  
26383 300 56 (400) 484 89 643 722 39 915 27084  
13091 87 133 456 675 28232 357 (300) 563 655 814  
20146 9 56 119 70 401 15 683 84 (300) 734 (300) 806  
71 5 0 3

30055 97 117 97 215 338 449 510 58 630 708 91  
003 31169 541 58 697 81 733 32025 32 41 107 281  
303 36 45 509 96 121 (400) 46 756 832 33125 (400)  
343 458 732 828 60 87 902 57 69 34020 44 (300) 96  
158 381 533 696 71 730 35307 454 513 77 692 709  
39084 195 65 84 235 395 580 595 616 80 709 3401 23  
9648 48 63 37111 234 291 (300) 538 59 938 38148 20  
249 551 626 76 759 927 39189 220 33 316 401 90 540  
609 91 717 80

40081 85 290 312 541 784 878 41273 437 506 21  
738 76 42154 73 250 38 320 402 4 23 81 629 (300) 31  
69 (400) 43000 51 204 724 26 815 44008 27 75 119  
49 (10000) 78 288 309 730 98 45296 340 575 638  
786 855 40198 220 34 414 616 57 47110 45 233 617  
710 (3000) 31 858 48173 357 438 527 44 97 (400)  
638 770 92 813 937 88 (300) 49007 50 80 142 26 92  
14691 361 651 700 (300) 13 65 841 47 968

50299 384 514 629 52 740 (300) 828 990 (300) 51031  
238 50 67 363 576 (300) 80 601 45 792 38 90 905 906  
79 89 52500 179 295 41 20 714 62 81 841 914 47  
13914 197 225 300 410 62 85 519 35 637 70 18 901  
54280 49 223 67 77 350 891 817 73 991 66 73 55013  
29 35 70 71 161 (400) 297 428 56 533 699 783 83 (300)  
821 60080 469 518 94 701 (400) 323 991 83 94 57229  
312 31 425 560 74 (300) 654 719 823 843 58178 298  
419 847 68 767 84 812 83 906 92 (300) 59367 347 66  
701 15 882 960

60053 1